der Geldlohn auf 50, bez. 40 Pf., aber dann sind auch die Naturalien entsprechend gekürzt. Der Arbeitstag beginnt im Sommer um sechs Uhr Morgens und währt bis Sonnenuntergang, mit einer anderthalbstündigen Mittags- und je einer halbstündigen Frühstücks- und Vesperpause; im Winter richtet er sich nach dem Tageslichte. Es ist bemerkenswerth, daß die ländlichen Arbeiter trotz des ihnen fehlenden Koalitionsrechts fest an dem Arbeitstage und den angegebenen Grenzen halten. Die Fälle sind nicht selten, in denen die Tagelöhner eines Guts gleichzeitig gekündigt haben, weil ihnen etwas an der Mittagsrast abgeknapst werden sollte oder weil der Beginn der Arbeit schon auf halb sechs Uhr angeordnet wurde.

Sonst freilich ist den ländlichen Arbeitern der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen auf's Aeußerste erschwert oder ganz unmöglich gemacht; als einziges Mittel, sich ihrem drückenden und hoffnungslosen Schicksale zu entziehen, bleibt ihnen nur die Ab- und Auswanderung. Es ist bekannt, wie reichlichen Gebrauch sie von diesem Mittel machen. Ob dadurch wirklich, wie die Agrarier behaupten, die Klassenlage der Zurückbleibenden sich erheblich gebessert hat, ist sehr fraglich, und da sie noch immer so elend ist, wie oben geschildert wurde, schließlich auch sehr gleichgiltig; was sich als ein wirklicher, obgleich nicht besonders erhebender Fortschritt bezeichnen läßt, ist eine menschlichere Behandlung der „Knechte" durch die „Herren." Ein jüngerer Historiker der Schule Sybel-Treitschke rühmt es als einen wundervollen Einklang der altpreußischen Geschichte, daß der Lieutenant in der Kaserne dieselben „Kerls" als Rekruten gefuchtelt habe, die er als Junker auf dem Gutshofe schon zu prügeln gewohnt gewesen sei, aber diese schöne Harmonie ist leider zerrissen. In der Kaserne mag weiter gefuchtelt werden, aber auf dem Gutshofe wird kein Stock mehr gegen die selten gewordenen Arbeitskräfte geschwungen. Die ökonomische Entwicklung hat wieder einmal in aller Stille bewirkt, was alle sittliche Entrüstung in den unzähligen seit hundert Jahren gegen die Soldatenmißhandlungen erlassenen Verordnungen aber auch nicht im Entferntesten zu bewirken vermocht hat.

Der Nothstand, welcher der ländlichen Arbeiterbevölkerung für den nächsten Winter droht, wird die dumpfe Gährung, die seit lange in ihr herrscht, vollends enthüllen. Und diesen „Demagogen" haben die Junker sich feierlichst selbst auf den Hof geladen, sie, welche die sozialdemokratischen Agitatoren mit Hunden niederhetzen zu wollen erklären. Beiläufig — welch groteske Phantasie, mit dem Gekläff ihrer Köter zu drohen, derweil schon der Wolf des Hungers um ihre Gehöfte schleicht!

Der Entwurf des neuen Parteiprogramms.

I.

Sechzehn Jahre sind seit der Annahme des Gothaer Programms verflossen: eine kurze Spanne im Völkerleben, und doch haben sie genügt, eine tiefgehende Aenderung in unserer Partei hervorzurufen. Die gegnerische Presse hat Recht, wenn sie bei Vergleichung des Gothaer Programms mit dem jetzigen Programmentwurf findet, unsere Partei sei heute eine andere, als sie vor sechzehn Jahren gewesen. Nur passirt ihr das Malheur, daß sie Aenderungen sieht, die nicht vorgegangen, und daß sie blind ist für die wirklichen Aenderungen.

Der Charakter unserer Bewegung, ihr Ziel, ihre Taktik sind heute

noch die gleichen, wie sie vor sechzehn Jahren gewesen. Wir sind weder „radikaler“ noch „gemäßigter“ geworden. Was sich bis zu einem gewissen Grade geändert hat, ist nicht unser Thun, sondern unser Denken, unsere Einsicht. Die Klarheit und Einheitlichkeit in unserer Partei ist entschieden gewachsen.

Wohl stand die Partei 1875 theoretisch bereits auf demselben Standpunkt, auf dem sie heute steht, aber ein Blick auf das Gothaer Programm, das als der entsprechende Ausdruck der zur Zeit seiner Annahme in den Kreisen der deutschen Sozialdemokraten herrschenden Anschauungen gelten kann, zeigt, wie unsicher sie auf ihm stand, wie leicht es ihr passirte, in das eben verlassene Gebiet der primitiven sozialistischen Richtungen wieder hineinzutappen. Die Zahl derjenigen Genossen, die sich völlig von den alten Traditionen emanzipirt hatten und die es verstanden, alle Konsequenzen des wissenschaftlichen Sozialismus zu ziehen, war relativ gering — das gilt nicht nur von den Lassalleanern, sondern, seien wir gerecht, auch von den Eisenachern.

Schreiber dieses darf sich darüber um so freimüthiger äußern, als er sich damit zum Theil selbst kritisirt: er hat denselben Entwicklungsgang durchzumachen gehabt, wie die Mehrheit der Partei.

Dieser Entwicklungsgang ist allerdings nicht auf Deutschland beschränkt gewesen. Der wissenschaftliche Sozialismus ist während des Zeitraumes, den wir hier im Auge haben, zum Leitstern der Arbeiterbewegung aller Länder geworden; aber nirgends so offenkundig und entschieden wie in Deutschland, nirgends ist er so sehr dem Proletariat in Fleisch und Blut übergegangen, wie bei uns. Wenn auf der einen Seite dafür besonders günstige Bedingungen dadurch vorhanden waren, daß Deutschland eine wissenschaftliche sozialistische Literatur von einer Bedeutung und einem Umfang besitzt, wie sie kein anderes Land auch nur annähernd aufzuweisen hat, so ist andererseits zu bedenken, daß die in Rede stehende geistige Umwandlung unter dem Druck des Sozialistengesetzes vor sich ging, das alle Kräfte der Partei auf den Kampf gegen die Polizei konzentrirte und zu theoretischen Studien anscheinend weder Gelegenheit noch Interesse ließ. Und doch hat unsere Partei in dieser schweren Zeit, mitten im heißesten Kampfgewühl, eifrig und gründlich gelernt, und es giebt in der Geschichte wenige Momente, die erhebender wären als der, da unmittelbar nach dem Fall des Ausnahmegesetzes die seit zwölf Jahren gehetzten und mißhandelten Genossen sofort die Forderung auf Schaffung eines neuen Programms erhoben, das ihrer erweiterten Einsicht besser entspräche als das, welches ihnen bis zum Ausnahmsgesetz genügt hatte.

Einer der wichtigsten und erfreulichsten Unterschiede zwischen der heutigen und der vorsozialistengesetzlichen Denkart der großen Masse der Parteigenossen liegt in dem gänzlichen Verlöschen der Utopisterei, des Spintisirens über den Zukunftsstaat. Nicht nur im neuen Programmentwurf findet sich keine Spur mehr davon, auch in unserer Parteipresse wird man heute vergeblich mehr nach solchen suchen. Dagegen weist nicht blos das Gothaer Programm Spuren von Utopisterei auf, sie finden sich noch viel stärker in manchen sozialistischen Preßerzeugnissen jener Zeit, nicht blos in einzelnen Broschüren und Privatunternehmungen, wie z. B. der „Neuen Gesellschaft“ des Dr. Wiede, sondern auch in der „Zukunft,“ die in ihrem Programmartikel, Oktober 1877, ausdrücklich erklärte: „Es gilt demnach, diejenigen Einwürfe abzuweisen, welche die Durchführbarkeit unserer Absichten, die Möglichkeit unseres Gesellschaftsideals betreffen . . . Die Aufgabe, die uns in Folge dessen zufallen wird, den sozialistischen Staat in seinen verschiedenen Phasen im Umriß zu skizziren und die Uebergangsstadien

anzudeuten, welche zu ihm hinführen, ist unzweifelhaft die wichtigste der Sozialistik." (S. 4.)

Diese Auffassung war und ist der nothwendige Standpunkt eines jeden Sozialisten, der die Anschauung entweder nicht akzeptirt oder nicht konsequent durchdenkt, daß unsere Ziele nicht das Produkt willkürlicher Wünsche sind, sondern mit Nothwendigkeit durch die Entwicklung der modernen Produktionsweise gegeben werden, und daß den Hebel zu ihrer Durchführung der Klassenkampf des Proletariats mit der Bourgeoisie bildet, der ganz unabhängig ist davon, ob „man" unsere Absichten für durchführbar hält oder nicht.

So lange diese Grundsätze nicht voll anerkannt und begriffen waren, mußte die sozialistische Bewegung eine mehr oder weniger utopistische bleiben, auch lange nachdem sie das erste Stadium des klassischen Utopismus überwunden und sich zu einer politischen Bewegung entwickelt hatte.

Wir wollen hier näher darauf eingehen. Dadurch dürfte am Besten der große Fortschritt verständlich werden, den der Entwurf des neuen Programms darstellt, und damit erledigen sich auch von selbst die meisten Einwände, die gegen diesen Entwurf erhoben worden.

So alt wie die Mißstände, welche die kapitalistische Produktionsweise mit sich brachte, sind auch die Versuche, ihnen abzuhelfen. Es dauerte lange, ehe man die Ursachen dieser Mißstände in den herrschenden ökonomischen Verhältnissen entdeckte. Sobald man aber einmal zu der nöthigen ökonomischen Erkenntniß gelangt war, hatte man keine andere Wahl, als entweder das Elend des Proletariats für eine ewige Nothwendigkeit zu erklären oder die bestehende Gesellschaft selbst in Frage zu stellen. Nur wenige der Forscher, die sich zu dieser Erkenntniß durchgerungen, hatten die Kühnheit und Selbstlosigkeit, letztere Alternative zu wählen. Je größer die ökonomische Einsicht dieser Forscher, desto schärfer mußten sie im Privateigenthum an Produktionsmitteln den letzten Grund des Elends der enteigneten Volksmassen der kapitalistischen Gesellschaft erkennen, desto entschiedener mußten sie darauf dringen, daß an Stelle dieses Privateigenthums sein Gegentheil, das Gemeineigenthum, der Kommunismus, trete.

Dieser Denkprozeß ging bei den ersten Kommunisten nicht immer bewußt vor sich. Er war verschleiert durch die moralisirenden, juristelnden Denkformen ihrer Zeit. Die Grundlagen ihrer Systeme ruhten anscheinend in den Wolken, waren indeß thatsächlich höchst realer Natur.

Indeß, so groß auch die ökonomische Einsicht mancher sozialistischer Forscher war, keiner von ihnen ist vor Marx über die bürgerliche Oekonomie seiner Zeit hinausgekommen. Dieser ist es aber blos gelungen, wenn man so sagen darf, die Bewegungsgesetze, nicht aber die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Waarenproduktion zu entdecken. Die Gesellschaft war in ihren Augen nicht ein Organismus, der sich entwickelt, sondern eine Maschine, die, einmal in Bewegung, immer in derselben Weise forthaspelt. Eine neue Gesellschaft konnte von diesem Standpunkt aus nur dann an Stelle der alten treten, wenn man zuvor den neuen Mechanismus im Kopfe fertig konstruirt hatte, wie man auch eine neue Maschine nur unter dieser Voraussetzung bauen kann. Zur Zeit der ersten großen Utopisten war auch die kapitalistische Produktionsweise viel zu wenig entwickelt, als daß man hätte klar sehen können, wie sie ihre eigene „Negation" schafft, wie die Elemente der neuen Gesellschaft aus der alten erwachsen.

Das Konstruiren der neuen Gesellschaft war aber umso nothwendiger, als die Utopisten um 1800 herum keine Interessen fanden, an die sie appelliren konnten. Das Proletariat besaß weder Selbstbewußtsein noch Kraft; die ganzen

niederen Volksklassen erschienen als eine stumpfe Masse, die unfähig war, ihre eigenen Interessen zu wahren. Nur die Gebildeten, die höheren Stände, waren im Stande, die neuen Ideen zu begreifen und zu ihrer Realisirung beizutragen. Bei ihnen konnte man aber nicht an das Interesse appelliren, sondern nur an ihr Mitgefühl und ihre Vernunft. Man mußte nachweisen, daß die angestrebte neue Gesellschaft für alle Betheiligten besser als die bestehende und vor Allem, daß sie möglich sei. Wir haben gesehen, daß die „Zukunft" dies noch 1877 als die Hauptaufgabe der „Sozialistik" bezeichnete. Um das darzulegen, mußte jeder mögliche Einwand von vorneherein widerlegt, mußte das Bild der Zukunftsgesellschaft bis ins Detail ausgemalt werden, um ja keinen Zweifel offen zu lassen. Die klassischen Utopisten haben ebenso viel Scharfsinn wie Phantasie dabei entwickelt — natürlich umsonst, denn selbst dem philanthropischen Bourgeois ist der Spatz in der Hand lieber als die Taube auf dem Dach.

Die Masse der Bourgeois stand aber dem Kommunismus von vorneherein feindlich gegenüber; ihr Klasseninstinkt war früher erwacht, als der der Proletarier, und ihre Gegnerschaft gegen den Kommunismus wurde immer erbitterter, je mehr Anhänger dieser gewann. Der Kommunist wurde in bürgerlichen Kreisen verfehmt und die Zahl der bürgerlichen Ideologen, die dem Kommunismus anhingen, wurde immer geringer. Immer mehr traten die Arbeiter unter den Kommunisten in den Vordergrund. Aber damit wurde die Bewegung noch kein proletarischer Klassenkampf, denn es war nur eine winzige Elite von Arbeitern, die sich daran betheiligte.

Gleichzeitig mit dieser Umwandlung ging eine andere vor sich. Das politische Leben, das in den ersten zwei Jahrzehnten unseres Jahrhunderts völlig eingeschlummert war, begann nach und nach zu erwachen. Das äußerte seine Rückwirkung auf den Sozialismus. Auch dieser wurde eine politische Bewegung; aber er hörte damit noch nicht auf, utopistisch zu sein.

Nicht mehr der philanthropische Bourgeois sollte der Hebel werden zur Verwirklichung der neuen Gesellschaft, sondern der Staat, das Volk, die Insurrektion.

Der Staat, sagte man, fußend auf den juristischen und philosophischen Definitionen desselben, ist der Vertreter der Interessen der Gesammtheit gegenüber den Einzelinteressen. Er steht über den Parteien, über den Klassen. Sein Zweck ist der, „durch seine Vereinigung die Einzelnen in den Stand zu setzen, eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als Einzelne nie erreichen konnten." Der Sozialismus ist demnach im Grunde genommen der eigentliche Staatszweck, und sobald der Staat diesen seinen wahren Beruf erkannt hat, ist die Durchführung des Sozialismus gesichert. Die Aufgabe der Sozialisten besteht also darin, den Staat zur Erkenntniß seines wahren Berufs zu bringen.

Indeß zweifelte denn doch die Mehrzahl der Sozialisten daran, daß diese Erkenntniß allein genüge; sie hielten es für nothwendig, dem Staat bei seinem Weg vom Polizeistaat zum „wahren" Staat ein wenig nachzuhelfen. Die einen sahn die Macht, die den Staat zum Sozialismus vorwärts schieben solle, im Volk. Wo das Volk maßgebend ist, dachte man, müsse die Einführung des Sozialismus ein Leichtes sein, denn die Masse des Volkes besteht aus armen Teufeln mit geringem Einkommen; die Wohlhabenden und Reichen bilden nur einen verschwindenden Bruchtheil des Volks. Man brauchte also blos Einrichtungen herbeizuführen, die das Volk zum Gesetzgeber machten, und die Sache des Sozialismus war gewonnen. Daher der Kultus des allgemeinen Wahlrechts. Wenn dies nicht die gehofften Ergebnisse brachte, so waren natürlich nicht die Wähler daran Schuld, sondern die Gewählten, die das Volk betrogen. Darum

erschien vielen das allgemeine Wahlrecht ungenügend, dagegen die direkte Gesetzgebung durch das Volk ohne weiteres sicheren Sieg verheißend.

Aber gar Mancher, namentlich unter den Arbeitern, die mitten im Volk lebten und arbeiteten, empfand nur zu bitter, wie wenig Verständniß der Sozialismus gefunden habe. Wenn die sozialistischen Demokraten, wie man die eben erwähnte Richtung wohl nennen kann, der Ansicht waren, das Volk sei überall sofort für den Sozialismus zu gewinnen, das Volk wisse immer das Richtige zu finden, so verzweifelten diese Andern vielmehr am Volk. Das Volk erschien ihnen als eine indifferente, stupide Masse von Heerdenthieren, die eines Treibers bedürfe, um sich in einer bestimmten Richtung zu bewegen. Es bedürfe der revolutionären Diktatur einiger kühner, weitblickender Männer, um zum Sozialismus zu gelangen. Das Volk könne dabei nicht viel Anderes thun, als helfen, das bestehende Regime über den Haufen zu werfen und so Platz zu schaffen für die wenigen Auserwählten, die wüßten, was sie wollten. Je schlechter es dem Volk gehe, je verzweifelter es sei, um so besser; um so geneigter sei es, das Bestehende umzustürzen.

Die eben gezeichneten verschiedenen Anschauungen waren keineswegs scharf von einander getrennt; sie kombinirten sich mitunter in der sonderbarsten Weise in den Köpfen. Zwei von ihnen haben, einseitig entwickelt, zu besonderen Richtungen geführt, die heute noch existiren: die Staatssozialisten und die terroristischen Anarchisten. Jede von ihnen enthielt ein Körnchen Wahrheit und war bis zu einem gewissen Grade in den Verhältnissen begründet.

Hinter dem mystischen Staatsbegriff, von dem die Juristen nur Gutes zu sagen wußten, steckte etwas ganz Reales, eben jene Klasse, die sich aus den Juristen rekrutirte, die **Bureaukratie**. Namentlich auf dem europäischen Festlande stieß man immer wieder auf die Bureaukratie, wenn man den Staat greifen wollte. Die Ausübung der öffentlichen Gewalt war zur Aufgabe einer eigenen Klasse geworden, die mit ihrem Oberhaupt, dem Souverän, anscheinend unabhängig war von den übrigen Klassen und über ihnen stand; die sich mit dem Staat identifizirte und alle, auch die vornehmsten Klassen, ihm dienstbar und tributpflichtig machen wollte.

Minister und selbst Könige gingen, Throne wurden umgestürzt, die Bureaukratie aber blieb; sie war dieselbe unter einer konservativen Regierung wie unter einer liberalen, in der Republik wie in der Monarchie. Sie war anscheinend an kein Partei- und Klasseninteresse gebunden. Diese Züge waren es wohl, welche den Juristen bei der Entwerfung ihres Staatsbegriffs vorschwebten.

Aber in Wirklichkeit ist die öffentliche Gewalt selbst im absolutistischsten Staat nie über den Klassen gestanden; der Umstand, daß ihre Ausübung zur Funktion einer besonderen Klasse geworden ist, hat blos die Zahl der herrschenden Klassen um eine vermehrt. Aber nur unter besonderen Umständen, die nie lange gedauert haben, wenn nämlich die anderen herrschenden Klassen, z. B. Adel, Klerus, Bourgeois sich so ziemlich die Wage hielten, vermochte die öffentliche Gewalt sich unabhängig von ihnen zu machen und ihre eigenen Interessen, sowie die Gesammtinteressen der gesammten höheren Klassen geltend zu machen gegenüber den Sonderinteressen der einzelnen unter ihnen. Es wäre aber der öffentlichen Gewalt, und wenn sie noch so selbständig war, nie möglich gewesen, noch hätte es ihr je einfallen können, ihre Stellung dazu zu benutzen, die Axt an die Klassenunterschiede selbst zu legen, oder auch nur das Gesammtinteresse der höheren Klassen in irgend einer Weise empfindlich zu verletzen. Sie hätte damit den Ast abgesägt, auf dem sie selbst saß.

Nicht viel besser als mit dem „Staat," steht es mit dem „Volk." Das „Volk," das war ursprünglich die große Masse der Bevölkerung im Gegensatz zur Regierung und zu den privilegirten Ständen, Adel und Klerus. Das Volk war der dritte Stand vor der großen Revolution, ein Konglomerat der verschiedensten Klassen, von Kapitalisten, Mitgliedern der „liberalen" Berufe, Bauern, Kleinbürgern, Proletariern und Lumpenproletariern. Deren Interessen waren die verschiedenartigsten, die gegensätzlichsten, aber diese Gegensätze konnten sich nicht voll entfalten und den verschiedenen Volksschichten zum Bewußtsein kommen, so lange der Absolutismus jede selbständige Lebensäußerung einer Klasse oder Partei erstickte. Dagegen hatten sie Alle ein großes gemeinsames Interesse. Sie Alle, die vom Hofe des Monarchen ausgeschlossen waren, denen es unmöglich war, gleich dem Adel und der höheren Geistlichkeit, durch direkte Einwirkung auf die Träger der Staatsverwaltung ihre Interessen zu wahren, sie alle mußten nach politischen Rechten verlangen, um mit deren Hilfe die Staatsgewalt sich dienstbar zu machen. Mußte nicht dann alles Leid ein Ende haben, sobald das geschehen? Konnten sie dann nicht Alles durchsetzen, was ihnen frommte?

So dachten die Demokraten und übersahen, daß die Freiheit keine andere Folge haben konnte, als den Kitt zu lösen, der das Volk in der Knechtschaft zusammengehalten hatte; daß sofort nach dem Gewinn der Freiheit die verschiedenen Bestandtheile des Volkes sich ihrer gegensätzlichen Interessen bewußt werden und den Kampf untereinander beginnen mußten; daß der Sieg der Demokratie oder wenn man lieber will, des Liberalismus, nicht den Frieden bringen sollte, sondern den Krieg, den Klassenkrieg, nicht das Ende des politischen Kampfes, sondern den eigentlichen Beginn desselben, daß der Sieg der Demokratie nicht der Sieg, sondern der Untergang des politischen Faktors „Volk" war, das in seine Klassen zerfiel. Das feinst ausgetiftelte Wahlsystem, die kunstvollste Proportionalvertretung, die direkteste Gesetzgebung durch das Volk hätten daran nichts ändern können.

Noch einfacher, als die sozialistischen Demokraten, stellten sich die sozialistischen Verschwörer die Realisirung ihrer Ziele vor. Aber wie Jene, so entnahmen auch diese ihre Auffassung der bürgerlichen Demokratie ihrer Zeit. Ihre Grundlage ist wohl in dem Umstand zu suchen, daß es dem zentralisirenden Absolutismus in den verschiedenen Staaten des europäischen Festlandes gelungen war, das ganze Staatsleben von sich abhängig zu machen. In der Hauptstadt liefen alle Fäden der Staatsverwaltung zusammen, von dort aus dirigirte die Regierung das ganze Land, das willenlos gehorchte. Das war höchst bequem, aber bequem nicht nur für den jeweiligen Inhaber des Staates, sondern auch für Denjenigen, der an seine Stelle zu treten strebte. Der brauchte nicht den ganzen Staat umzustürzen, sondern blos eine einzelne Person zu beseitigen, wie das in Rußland so oft praktizirt worden ist, wo dies System seine höchste Vollendung erreicht hat. Aber auch, wo es weniger vollkommen dastand, selbst wo es mit einem Stückchen Konstitutionalismus verbrämt war, konnte unter Umständen eine Revolution leichter durchgeführt werden, als in einem Staat, in dem die ganze Nation am politischen Leben sich betheiligt. Der Herr der Hauptstadt war Herr der Regierung; die Hauptstädte besaßen aber stets ein zahlreiches Proletariat und waren auch sonst der Sammelpunkt aller Unzufriedenen, die nichts oder nicht viel zu verlieren, aber manches zu gewinnen hatten. Eine jede Insurrektion, der es gelang, sich einige Stunden zu behaupten, konnte auf Sukkurs aus diesen Kreisen rechnen. Waffen, die denen des Militärs ziemlich ebenbürtig waren, konnte man sich leicht verschaffen. Da erschien es nicht unmöglich, durch einen

kühnen Handstreich die Regierung an sich zu reißen: waren es Kommunisten, denen er gelang, dann konnten sie, wenn sie energisch und über ihre Ziele klar waren, sofort die Staatsmacht zur Durchführung des Kommunismus verwenden.

So schön dieser Gedankengang ist, er hat ein Häkchen: die Menschen sind nie, selbst nicht in der Zeit des krassesten Absolutismus, solche Heerdenthiere gewesen, wie unsere Revolutionsmacher voraussetzten. Sie sind keine Schafe und lassen sich weder willkürlich treiben wohin man will, noch folgen sie blindlings dem ersten besten Leithammel, der ihnen voranläuft. Am allerwenigsten in Revolutionszeiten. Große, gelungene Volkserhebungen sind nie das Werk Einiger gewesen, sondern stets das Ergebniß tiefgehender Kämpfe ganzer Klassen. War die Erhebung einmal im Gang, dann allerdings konnten einzelne zielbewußte Organisationen die unorganisirte Masse bestimmen und leiten, aber nur, soweit sie in derselben Richtung gingen, in welche die Masse durch ihre Interessen und Neigungen instinktiv getrieben wurde. Nicht die Klubs bestimmten die Richtung der Bewegung, sondern diejenige Klasse, die in der Masse dominirte. Diese Klasse war aber in den revolutionären Zentren bis 1848 das Kleinbürgerthum, das jede Bewegung sofort verrieth, die nur im mindesten sozialistisch aussah.

Wie verschieden auch die hier gezeichneten Anschauungen waren, und wie mannigfach die Kombinationen, in denen sie sich verbanden, in einem stimmten die Sozialisten, die diesen Anschauungen huldigten, alle überein: gleich den klassischen, philanthropischen Utopisten betrachteten auch sie den Sozialismus nicht als nothwendiges Produkt der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern als ein bloßes Produkt der Ideenwelt; als einen gesellschaftlichen Mechanismus, der, einmal im Kopfe konstruirt, jederzeit und überall aufgebaut werden konnte, wo die nöthigen Mittel dazu vorhanden waren. Von den philanthropischen Utopisten unterschieden sich diese Sozialisten nur dadurch, daß sie die Herbeischaffung dieser Mittel nicht von dem Wohlwollen einiger Bourgeois, sondern von politischen Faktoren erwarteten. Sie mußten also ebenso wie die philanthropischen Sozialisten, den Zukunftsstaat von vornherein ausmalen und seine Möglichkeit durch das Eingehen in alle möglichen Details nachweisen. Ja, in manchen Punkten war ihre Position noch schwieriger, als die der alten Utopisten; denn diese hatten sich nur an eine Elite gewendet, die neue Gesellschaft sollte Anfangs nur im Kreise von einigen Wenigen ins Leben gerufen und erst, wenn dort durch Experimente vervollkommnet, immer weiter ausgedehnt werden.

Der Weg des Experimentes an einer Elite von Sozialisten war den politischen Utopisten verschlossen. Sie mußten aber einsehen, daß die ganze bestehende Gesellschaft nicht über Nacht in eine kommunistische verwandelt werden kann. Eine ihrer Hauptaufgaben sahen sie demnach darin, Mittel des Uebergangs von der alten in die neue Gesellschaft auszuklügeln. Auch dabei wurden sie zur Detailmalerei getrieben, um nur ja wohlvorbereitet und gegen jede Eventualität gerüstet zu sein. Noch vor nicht allzulanger Zeit wurde in manchen Parteikreisen lebhaft darüber disputirt, was wohl „am Morgen nach der Revolution" zu geschehen habe.

Die Entwicklung der politischen und sozialen Verhältnisse seit 1848 hat dem politischen Utopismus nach und nach jeden Boden unter den Füßen entzogen. Das Vertrauen auf den Staat hat gänzlich Schiffbruch gelitten. Nach der Juniinsurrektion wollten die französischen Arbeiter in ihrer Mehrheit vom Staat nichts mehr wissen; sie wandten sich zum großen Theil von dem Staatssozialismus Louis Blanc's ab und dem proudhonistischen Anarchismus zu. Ein ähnlicher Umschwung von einem Extrem ins Andere vollzog sich ein Menschenalter später in Oesterreich, vom Lassalleanismus zum Bakunismus. Der Staats-

sozialismus ist überall zu einer leeren Phrase reaktionärer Demagogen herabgesunken.

In den meisten modernen Staaten herrscht jetzt das allgemeine oder mindestens, wie in England, ein demselben nahekommendes Wahlrecht. Die soziale Umgestaltung, die manche der politischen Utopisten von ihm erwarteten, hat es nicht gebracht. Ebensowenig die direkte Gesetzgebung durch das Volk, die in der Schweiz mehrfach zur Durchführung gelangt ist. Ebensowenig — ja, man könnte fast sagen, noch weniger. In der Schweiz haben sich die Repräsentativversammlungen mehrfach fortschrittlicher und arbeiterfreundlicher gezeigt, als das „Volk." Die direkte Gesetzgebung durch's Volk hat sich bisher nicht als eine revolutionäre, sondern als eine konservative Institution erwiesen.

Das Schweizer Fabrikgesetz war im März 1877 vom Nationalrath mit der ungeheuren Mehrheit von 90 gegen 15 Stimmen angenommen worden. Bei der Volksabstimmung gelangte es nur mit knapper Noth zur Annahme. Die nächste Errungenschaft der direkten Gesetzgebung durch's Volk war die Wiederzulassung der Todesstrafe in den Kantonen, nachdem sie die Bundesverfassung für die ganze Schweiz abgeschafft hatte. Am 18. Mai 1878 erklärten sich 200 026 Schweizer für und nur 180 810 gegen die Todesstrafe.

Nach 1869 sprach Rittinghausen emphatisch den Satz aus, „daß die sozialdemokratische Republik in der Abschaffung des Repräsentativsystems und in der Einführung der direkten Gesetzgebung durch das Volk besteht." Und stolz fügte er hinzu: „Die Ehre, diese Wahrheit zuerst und unaufhörlich verkündet zu haben, darf ich ohne Anstand für mich in Anspruch nehmen." (Sozialdemokratische Abhandlungen, II., S. 29.)

Heute bedarf diese „Wahrheit" kaum noch der Widerlegung. Die Thatsachen haben sie ad absurdum geführt.

Ebenso ist es den Revolutionsmachern gegangen. Die politische und ökonomische Entwicklung wirkt in allen modernen Staaten dahin, den Hauptstädten das Monopol auf politisches Leben und politischen Einfluß, das sie gehabt, zu nehmen, das politische Leben zu einem wahrhaft nationalen, die ganze Nation umfassenden, zu gestalten. Damit ist eine jede revolutionäre Bewegung von vornherein zum Mißlingen verurtheilt, die nicht das Gebiet der ganzen Nation in ihr Bereich zieht. Wie sehr dies selbst für Frankreich, den zentralisirtesten der modernen Staaten, gilt, hat sich schon 1870 und 1871 gezeigt. Erwies sich zuerst Frankreich fähig, ohne Verbindung mit seinem Kopf, mit Paris, einen ungeheuren Krieg zu führen — und es führte ihn, so gut die verzweifelten Verhältnisse es erlaubten — so erwies sich später, daß der Kopf die Leitung über den Rumpf verloren habe. Die Revolution in Paris bedeutete nicht mehr die Revolution in Frankreich. Und die Revolution in Paris hatte den äußerlich so günstigen Umstand für sich, der sich so bald nicht wiederholen dürfte, daß ihr anfangs keine übermächtige geschlossene Armee gegenüberstand, indeß sie selbst über ausreichende Waffen verfügte.

Ohne diesen Umstand wäre die Erhebung der Kommune wahrscheinlich überhaupt nicht möglich geworden. Einer modernen Armee gegenüber ist eine Volksmasse mit zusammengerafften Waffen einfach wehrlos. Alle Aussichten, durch eine lokale Erhebung ein revolutionäres Zentrum zu erobern und von demselben aus dem Lande die Revolution aufzuzwingen, sind damit noch gegenstandsloser geworden, als sie früher waren.

Woher soll aber dann „der Retter kommen diesem Lande?"

Napoleon mit dem Volksheer, der Tirailleurtaktik und dem Fouragesystem. Wer dies 1881 erschienene Werk von Bernhardi mit Charras' 1858 erschienenen „Waterloo" vergleicht, kann eine interessante Parallele zwischen deutschem und französischem Chauvinismus ziehen.

Inzwischen rückt auch dem deutschen Chauvinismus der Tag des Katzenjammers immer näher, und jene Wettkritik, mit welcher die „großen Paladine des neuen Deutschen Reichs" sich gegenseitig zerfleischen, konnte in gar keinem paßlicheren Augenblicke ertönen, als da eben die Loyalitätsfracks ausgebürstet werden, um übermorgen den dreimal siebenden Sedantag zu feiern. Uebermorgen oder eigentlich morgen, denn Moltke verwundert sich sehr darüber, weshalb der Sedantag am zweiten September gefeiert wurde, da doch die Schlacht von Sedan auf den ersten September fiele. In der Chronologie hat er ganz recht, aber doch nicht in dem so zu sagen nationalen Feingefühl. Denn wäre das Sedanfest wirklich ein so vollendeter Anachronismus, wie es ist, wenn es nicht obendrein auch noch auf ein falsches Datum gelegt worden wäre?

Der Entwurf des neuen Parteiprogramms.

II.

Bereits 1847 wurde im „kommunistischen Manifest" ein neuer sozialistischer Standpunkt geltend gemacht, der zwanzig Jahre später im „Kapital" eine vollendete wissenschaftliche Grundlage erhielt. Darin wurden nicht blos die Bewegungsgesetze der modernen Produktionsweise tiefer als es bis dahin geschehen, aufgedeckt, darin wurden auch zum ersten Male ihre Entwicklungsgesetze erkannt und dargelegt. Das „Kapital" emanzipirte den Sozialismus von der bürgerlichen Oekonomie, deren Gefolgsmann er bis dahin in wissenschaftlicher Beziehung gewesen; freilich ein Gefolgsmann, der sich gegen seinen Lehensherrn empörte, dem aber andere Waffen nicht zu Gebote standen, als die von diesem empfangenen. Das „Kapital" machte den theoretischen Sozialismus zu einer eigenen Wissenschaft, die man vielleicht definiren kann als die Lehre von den Entwicklungsgesetzen der modernen Gesellschaft. Die bürgerliche Oekonomie konnte dies Stadium ebenso wenig erreichen, als z. B. die christliche Theologie zu einer Erkenntniß der Entwicklungsgesetze der Religion gelangen konnte. Die Ewigkeit der bürgerlichen Gesellschaft war ebenso nothwendige Voraussetzung der einen, wie die ewige Giltigkeit der geoffenbarten Religion die der andern.

Wer zur Erkenntniß der Entwicklungsgesetze der heutigen Gesellschaft gelangt, der sieht, daß sie ihre „Negation," den Sozialismus, nicht blos in der Idee schafft, sondern auch in der Wirklichkeit. Sie erzeugt mit Naturnothwendigkeit nicht blos sozialistische Tendenzen, sie erzeugt auch die Elemente einer neuen, diesen Tendenzen entsprechenden Gesellschaft. Sie macht ihre eigene Grundlage, das Privateigenthum an Produktionsmitteln, nicht nur immer überflüssiger für den Fortgang der Produktion in einer stets steigenden Zahl von Produktionszweigen, wie schon ein Blick auf das Aktienwesen und die Staatsbetriebe zeigt, sie macht es sogar von einer gewissen Grenze an unvereinbar mit der Entfaltung der kolossalen Produktivkräfte, die sie schafft, Produktivkräfte, die mit Nothwendigkeit des Betriebs durch die Gesellschaft und für die Gesellschaft bedürfen. Die Sozialisten haben die Keime der neuen, nothwendig gewordenen Produktions-

formen nicht zu erfinden, sondern zu finden durch Untersuchung der bestehenden Gesellschaft; sie brauchen, wenn sie die nöthigen Machtmittel erlangt haben, die Elemente der neuen Gesellschaft nicht zu schaffen, sondern blos sich ihrer zu bemächtigen.

Man hat dieser Lehre vorgeworfen, sie führe zum Fatalismus, man hat daher von „Gefahren des Marxismus" gesprochen. Die wirkliche Gefahr des „Marxismus" besteht darin, daß sich Leute „Marxisten" nennen, die nicht wissen, was Marx gelehrt hat. Wenn es je eine Lehre gegeben hat, die mit dem Fatalismus unvereinbar war, so ist es die Marx'sche; sie lehrt allerdings, daß die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung nicht willkürlich gesetzt werden könne, sondern mit Nothwendigkeit gegeben sei, sie lehrt aber auch, daß die Triebkraft dieser Entwicklung der Kampf der Gegensätze ist, der Klassenkampf.

Die kapitalistische Produktionsweise produzirt selbst diejenige Klasse, welche, die einzige in der heutigen Gesellschaft, keinerlei Interesse hat an der Erhaltung des Privateigenthums an Produktionsmitteln; diejenige Klasse, deren Interesse immer entschiedener auf dessen Aufhebung drängt, das Proletariat. Die moderne Produktionsweise selbst ist es, welche diese Klasse immer zahlreicher macht, immer mehr in den Mittelpunkten des industriellen Lebens zentralisirt und organisirt; sie selbst ist es, welche einen ewigen Krieg zwischen dieser Klasse und ihren Ausbeutern, den Besitzern der Produktionsmittel, den Kapitalisten und Grundbesitzern, entzündet, einen Krieg, der das Proletariat immer mehr kräftigt, seine Intelligenz und Einsicht steigert, seine administrativen Talente entwickelt, seine Organisationen immer geschlossener macht; einen Krieg, in dem der schließliche Sieg des Proletariats unvermeidlich ist, sein Sieg im Staat und in der Gesellschaft.

Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf. Das Proletariat kann seine ökonomischen Kämpfe nicht kämpfen ohne politische Rechte; es stößt immer wieder auf die Staatsgewalt, wenn es den Ausbeuter bekämpft. Politische Rechte zu erringen und sie zu benutzen, die Staatsgewalt seinen Interessen dienstbar zu machen, ist eine unumgängliche Nothwendigkeit für das Proletariat; es muß sich demnach als eine selbständige politische Partei organisiren, der die Aufgabe zufällt, seine Interessen im Staatsleben zu wahren, die sich das Endziel setzen muß, den Staat zu erobern, diesen kräftigsten und einzig ausreichenden Hebel, den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit zu bewirken.

Der Begriff „Staat" bekommt nun eine andere Bedeutung. Es ist nicht mehr eine über den Klasseninteressen stehende Macht, weder der philanthropische Bourgeois, noch der „wahre Staat," von dem man die Realisirung des Sozialismus erwartet.

Der wissenschaftliche Sozialismus hat erkannt, daß der Staat nichts ist als ein Organ der Klassenherrschaft. „Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisirte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern" (kommunistisches Manifest). Der Ausdruck „Klassenstaat" zur Kennzeichnung des wirklichen Staates erscheint uns daher unglücklich gewählt. Giebt es denn einen anderen Staat? Man weist mich auf den „Volksstaat" hin. Darunter versteht man wohl den vom Proletariat eroberten Staat. Aber auch der wird ein „Klassenstaat" sein. Das Proletariat wird die anderen Klassen beherrschen. Ein großer Unterschied zu den bisherigen Staaten wird allerdings vorhanden sein: das Klasseninteresse des Proletariats verlangt die Aufhebung aller Klassenunterschiede. Das Proletariat kann seine Herrschaft nur dazu benutzen, die Grundlagen der Klassenscheidung, so rasch es die Verhältnisse erlauben, zu beseitigen,

das heißt, das Proletariat wird den Staat erobern, nicht um ihn zu einem „wahren" Staat zu machen, sondern um ihn aufzuheben; nicht um den „wahren" Staatszweck zu erfüllen, sondern um den Staat zwecklos zu machen.*)

Lächerlich ist es, wenn manche unserer Gegner die Furcht hegen — oder zu hegen vorgeben — aus der politischen Herrschaft des Proletariats werde eine neue Klassentheilung hervorgehen; die Arbeiter würden ihre Macht dazu benutzen, sich selbst zu Kapitalisten zu erheben und die Kapitalisten zu Proletariern zu machen. Diese Furcht hätte nur dann einige Berechtigung, wenn nicht die Arbeiterklasse, sondern einzelne wenige Arbeiter den Staat eroberten. Die Arbeiterklasse kann sich ebensowenig in eine Kapitalistenklasse verwandeln, als etwa die Arbeiter Krupp's von der Arbeit dieses Herrn leben könnten.

Wie die staatssozialistische wird auch die vulgärdemokratische Phrase durch den wissenschaftlichen Sozialismus unmöglich gemacht. Das Proletariat, das ist etwas ganz Anderes, als das „Volk," jenes Gemisch der verschiedenartigsten und gegensätzlichsten Klassen.**) Der Begriff des Proletariers ist ein ganz bestimmter, er ist der Arbeiter einer historisch bestimmten Produktionsweise. Der Begriff des „Volks" ist ein unbestimmter und höchst wechselnder; im Proletariat kann man bestimmte Charakterzüge, bestimmte Tendenzen herausfinden; vom „Volk" im Allgemeinen läßt sich gar nichts sagen, als vage Gemeinplätze. Die Herrschaft des Proletariats ist gleichbedeutend mit dem Sieg des Sozialismus; die Herrschaft des Volks kann alles Mögliche bedeuten, unter Umständen auch die Herrschaft des Ultramontanismus oder des Antisemitismus; sie kann ebenso gut die Reaktion bedeuten, wie die Revolution.

Danach haben wir unsere Stellung gegenüber den demokratischen Formen einzunehmen. Wenn wir sehen wollen, welchen Werth sie für die sozialistische Bewegung haben, so müssen wir in erster Linie untersuchen, welchen Werth sie für das Proletariat, nicht für das Volk haben. Alle übertriebenen Erwartungen, welche die sozialistischen Demokraten bezüglich der Wirkungen des allgemeinen Wahlrechts, der direkten Gesetzgebung durchs Volk 2c. hegten, sind nun auf ihr richtiges Maß reduzirt. Alle diese demokratischen Formen bedeuten eine Bewaffnung nicht blos des Proletariats, sondern auch seiner Gegner. Sie bieten ihm wohl die Möglichkeit, einen Kampf auf Gebieten zu wagen, wo es ehedem wehrlos zu stillem Dulden gezwungen war, aber sie bieten ihm nicht ohne Weiteres die Uebermacht und den Sieg.

Das Proletariat ist nicht nur nicht gleichbedeutend mit dem Volk, es bildet auch in allen Staaten — England vielleicht ausgenommen — nicht einmal die Mehrheit, in den meisten eine erhebliche Minderheit der Bevölkerung. Allerdings wächst es rasch an, aber nicht so rasch als es Mancher erwartet. Nicht jeder

*) Man hat die Diskussion, ob das sozialistische Gemeinwesen ein Staat sein werde oder nicht, einen müssigen Wortstreit genannt. Wäre das richtig, dann müßte man jeden Versuch, an Stelle unklarer bestimmte Begriffe zu setzen, für einen müssigen Wortstreit erklären. Man könnte z. B. auch den Streit darüber, ob ein Walfisch ein Fisch sei oder nicht, einen für die Naturerkenntniß belanglosen Wortstreit nennen. Das sozialistische Gemeinwesen der Zukunft wird ebenso wenig ein Staat sein, als eine Gens, eine Markgenossenschaft, eine Familie ein Staat ist.

**) Es war wohl nur ein lapsus calami, wenn ein hervorragendes Parteiblatt jüngst schrieb, damit die Kriegslust der Franzosen aufhöre, „dazu ist es nöthig, daß die Republik sich zur wirklichen Herrschaft des über sein Klasseninteresse aufgeklärten Volks erweitere," aber der Widersinn dieses Passus zeigt, daß man gut thut, mit dem Begriff „Volk" vorsichtig umzugehen.

Bauer und Kleinbürger, der zu Grunde geht, wird ein arbeitender Proletarier. Viele versinken ins Lumpenproletariat, andere suchen ihre Existenz als Zwischenhändler und dergleichen zu fristen, wieder andere fallen solchen Volksschichten zu, die heute im Ganzen und Großen noch sich zur Bourgeoisie rechnen, Beamte &c.

Aber die Zahl der Mitglieder einer Klasse ist nicht der einzige Faktor, von dem ihre Macht abhängt. Ebenso wichtig, ja vielleicht noch wichtiger, ist ihre Bedeutung für den Produktionsprozeß. Darin überragt das Proletariat heute schon in allen vorgeschrittenen Ländern alle anderen Klassen zusammengenommen. Auch der Opfermuth, die Ausdauer, die Geschlossenheit, die Zielbewußtheit einer Klasse sind Faktoren, die schwer ins Gewicht fallen. Jede dieser Eigenschaften ist heute schon im Proletariat stärker entwickelt als in den anderen Klassen und der Klassenkampf stärkt sie immer mehr.

Der Einfluß des Proletariats wird ferner noch dadurch verstärkt, daß es gerade in den Städten zur Geltung kommt, und zwar umsomehr, je bedeutender die Städte. Die Städte beherrschen aber heute das politische Leben in ganz anderem Maße als das flache Land. Dem Einfluß der Stimmung in den großen Städten kann sich heute keine Regierung, kein Parlament auf die Dauer entziehen.

Ferner ist glücklicherweise das Wort von der „reaktionären Masse" falsch. Wohl ist das Proletariat heute die einzige revolutionäre Klasse, aber daraus folgt noch lange nicht, daß die andern Klassen ihm gegenüber eine kompakte Masse bilden. Wohl steht der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit heute im Vordergrund und drängt die andern sozialen und politischen Gegensätze zurück. Aber diese sind noch stark genug, sich geltend zu machen, um so mehr, da die herrschenden Klassen immer unfähiger zu einer weitausschauenden Politik werden, immer unfähiger, ihre Augenblicksinteressen dauernden Interessen, ihre Sonderinteressen den gemeinsamen Interessen unterzuordnen. Selbst bei ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratie gerathen sie sich gegenseitig in die Haare, indem jede Klasse diesen Kampf als guten Vorwand benutzen möchte, dabei im Trüben zu fischen und Sondervortheile für sich zu ergattern, wie die Geschichte der „Sozialreform" beweist.

Gegenüber diesem zerbröckelnden Konglomerat der verschiedensten Kliquen, die immer grundsatzloser und habgieriger werden, bildet das klassenbewußte Proletariat immer mehr das einzige stabile, unerschütterliche Moment in der Politik.

Endlich ist noch ein Umstand zu berücksichtigen: Die zwieschlächtige Natur des Kleinbürgers (und zum großen Theil auch Kleinbauern), auf die schon Marx aufmerksam gemacht. Durch seinen Besitz hängt der Kleinbürger mit der Klasse der Besitzenden zusammen; als solcher haßt und verachtet er den Proletarier. Steht er auch auf der untersten Sprosse der Leiter des Besitzes, so steht er doch auf dieser Leiter selbst und erwartet, immer höher zu steigen. Aber der Kapitalist ist sein Gegner, der ihn ausbeutet und durch seine Konkurrenz ruinirt. Diese Gegnerschaft bringt den Kleinbürger dem Proletarier näher. Je nach den Umständen fühlt er sich bald als Besitzender, bald als Proletarier. Diese Doppelnatur macht ihn zum unzuverlässigsten Element, das man sich denken kann. Dabei ist er aber ein sehr wichtiges Element, das schon oft eine politische Entscheidung herbeigeführt hat.

Wirft er sich in einem entscheidenden Moment auf die Seite des Proletariats, dann ist es sehr wohl möglich, daß er durch diese Bewegung das Staatsschiff zum Umkippen bringt.

Der Kleinbürger ist unzuverlässig, auch in der Revolution. Nur ein kräftiges, zielbewußtes Proletariat kann den Sieg des Sozialismus sichern. Aber das Kleinbürgerthum kann unter Umständen manches Hinderniß des kämpfenden Proletariats aus dem Wege räumen helfen.

Wie der staatssozialistischen und vulgärdemokratischen, hat der wissenschaftliche Sozialismus auch der revolutionären Phrase ein gründliches Ende bereitet. Wenn es das Proletariat ist, das sich selbst zu befreien hat, kann die Revolution nicht das Werk einer Schaar von Verschworenen sein; und wenn die Triebkraft der sozialen Umwälzung der Klassenkampf ist, kann eine einzelne Katastrophe, wie gewaltig sie auch sei, immer nur ein einzelnes Glied in der großen Kette der Entwicklung von der alten zur neuen Gesellschaft bilden, auf keinen Fall das einzige Glied, auf das allein die ganze Aufmerksamkeit der Sozialisten zu konzentriren wäre.

Die Konfusion auf diesem Gebiet wird ungemein befördert dadurch, daß man mit demselben Namen Revolution zwei verschiedene Dinge bezeichnet; einen Prozeß, der sich im Ganzen und Großen unmerklich vollziehen kann — die völlige Umgestaltung aller sozialen Verhältnisse — und eine sinnenfällige Katastrophe, welche dieser Prozeß herbeiführt, sobald die Unvereinbarkeit der veränderten sozialen Verhältnisse mit den überkommenen juristischen und politischen Formen, zu denen sie immer mehr in Widerspruch getreten, für die ausgebeuteten Klassen unerträglich geworden, sodaß dieselben getrieben werden, einen Bruch mit diesen juristischen und politischen Formen zu erzwingen.

Wir sprechen hier von der Revolution in dem zweiten, im „gefährlichen" Sinne.

Da weder der Klassenkampf im Allgemeinen, noch auch die einzelnen Formen, die er annimmt, sich willkürlich erzeugen lassen, sondern von Verhältnissen abhängen, die, wenn auch nicht gänzlich unberechenbar, so doch ziemlich unlenkbar sind, ist es natürlich unmöglich, eine Revolution zu machen.

Vom Standpunkt des Klassenkampfes erscheint aber nicht blos die Revolutionsmacherei als unsinnig, sondern ebensosehr jener damit eng verbundene Satz: „Es muß schlechter werden, ehe es besser wird; je größer das Elend, desto näher die Revolution."

Dieser Satz, eine Uebersetzung des frommen Trostsprüchleins: „Wenn die Noth am größten, ist Gott am nächsten," ins „sozialrevolutionäre," ist begründet auf einer Anschauung, welche Anarchisten und Harmoniedusler brüderlich mit einander theilen. Die Einen wie die Anderen behaupten, das Elend des Proletariats lindern, seine Lage heben, heißt dem Sozialismus den Boden abgraben.

Eine Hebung der Lage der Arbeiterkasse könnte nur dann gleichbedeutend sein mit dem Verzicht auf die soziale Umwälzung, wenn sie zur Befriedigung der Arbeiterklasse, zu ihrer Versöhnung mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung führte. Wäre das möglich, dann spräche das gegen den Sozialismus und nicht gegen die Reform. Jener wurzelt gerade in der Ueberzeugung von der Unmöglichkeit, dem Proletariat in der heutigen Gesellschaft eine befriedigende Stellung zu verschaffen.

Es ist richtig, daß die gegenwärtige Produktionsweise die Tendenz hat, das Elend der unteren Volksschichten — der untergehenden Mittelklassen wie des Proletariats — immer mehr zu steigern. Aber diese Produktionsweise erzeugt ebenso naturnothwendig wie das Elend auch die Empörung gegen das Elend, die immer stärker und stärker anschwillt, der degradirenden Tendenz des Kapitalismus immer energischer Widerstand leistet, ja, die unter besonders günstigen Umständen

dahin gelangt, die Bewegung der Lebenslage der Arbeiter aus einer absteigenden in eine aufsteigende zu verwandeln. Das hindert aber nicht, daß die Empörung gegen das Elend fortdauert, ja, daß sie immer entschiedener zu einer Empörung des Proletariats gegen die bestehende Gesellschaftsordnung anwächst. Denn die Wurzel dieser Empörung liegt nicht im Elend selbst — nicht überall, wo Elend ist, ist auch die Empörung gegen das Elend; und es sind nicht die Elendesten unter den Elenden, bei denen die Empörung beginnt —: ihre Wurzeln liegen im Klassengegensatz zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten und in dem ruhelosen, unstäten Charakter der modernen Produktionsweise, die, in unaufhörlicher Umwälzung begriffen, das Proletariat in ewiger Ruhelosigkeit erhält und jene scheue Ehrfurcht vor dem jahrhundertealten Bestehenden, welche die Ausgebeuteten der früheren Jahrhunderte charakterisirte, gründlich zerstört.

Dieser revolutionäre und revolutionirende Charakter der bestehenden Produktionsweise nimmt immer mehr zu, und ebenso der Gegensatz zwischen der Klasse der Kapitalisten und dem Proletariat. Denn selbst wo dessen Lage sich absolut verbessert, verschlechtert sie sich relativ, indem die Verbesserung zurückbleibt hinter der raschen Vermehrung der allgemeinen Produktivität der Arbeit, die unserer Produktionsweise eigenthümlich ist. Auch wo das Elend geringer wird, wird die Ausbeutung größer.

Und die Hebung der Arbeiterklasse geschieht nicht selbstthätig, sie muß errungen werden in erbitterten Kämpfen, die zahllose Opfer fordern. Jede Errungenschaft des Proletariats bedeutet daher nicht eine Abschwächung, sondern eine Verbitterung der Klassengegensätze.

Noch eins: Selbst im günstigsten Fall, wenn es einer Arbeiterschicht gelungen sein sollte, eine Lebensstellung zu erlangen, die sie befriedigt, so kann sie sich ihrer nicht freuen, angesichts der allgemeinen Unsicherheit, welche die moderne Produktionsweise mit sich bringt, und angesichts der Unersättlichkeit der Kapitalistenklasse. Müssen die unteren Arbeiterschichten das Kapital bekämpfen, um dem Elend zu entgehen, so die oberen, um nicht wieder ins Elend hinabgestoßen zu werden, das sie unaufhörlich bedroht. Keine Errungenschaft ist sicher; eine Krisis, eine neue Erfindung, eine neue Fabrikantenkoalition, ein neues Gesetz kann sie wieder entreißen. Kampf, Kampf, und immer wieder Kampf, heißt die Losung der Arbeiterklasse; für sie giebt es keinen dauernden Sieg, so lange sie nicht die politische Macht im Staate erobert und die Produktionsmittel in Gemeineigenthum verwandelt hat.

Jede Kräftigung der Arbeiterklasse, sei sie durch ökonomische, sei sie durch politische Maßnahmen erlangt, bedeutet nichts anderes als eine Kräftigung der Kämpfer für den Sozialismus. Das Proletariat in seinem Kampfe nach Verbesserung seiner Lage in der heutigen Gesellschaft nach Kräften zu fördern, ist nicht nur nicht unverträglich mit den Prinzipien der Sozialdemokratie, es ist vielmehr eine ihrer wichtigsten, vielleicht ihre wichtigste Aufgabe.

Man vergesse nicht, daß wir stets von einer Hebung der Arbeiterklasse sprechen. Die Verbesserung der Lage einzelner Individuen oder Schichten innerhalb der Arbeiterklasse auf deren Kosten, wodurch diese gespalten und geschwächt wird, bedeutet allerdings keine Förderung, sondern ein Hemmniß für das vorwärtsdrängende Proletariat. Produktivgenossenschaften, selbst Gewerkschaften können ein solches werden, wenn sie nicht unter dem Einflusse einer starken Bewegung der gesammten Arbeiterklasse, d. h. einer selbständigen politischen Arbeiterbewegung stehen. Dagegen kann eine Arbeiterschutzgesetzgebung, die der Arbeiterklasse in ihrer Gesammtheit zu Gute kommt, eine solche Wirkung nicht haben.

Auf diesem Standpunkt ist unsere Partei seit jeher gestanden, und es verräth gerade keine tiefe Kenntniß unserer Parteigeschichte, wenn man in der kräftigen Antheilnahme unserer Abgeordneten an der „positiven" Gesetzgebungsarbeit etwas Neues, entweder ein Zeichen von Korruption oder ein Entgegenkommen gegen den „neuen Kurs," ein Verzichtleisten auf den revolutionären Charakter unserer Partei erblickt. Das einzig Neue, das seit dem 20. Februar in unserer Partei eingetreten, ist der Umstand, daß wir jetzt das dritte Dutzend im Reichstag fast voll haben und demnach einen größeren Einfluß auf die Gesetzgebung besitzen, als bisher. Wenn ehedem, so lange nur auf ein Dutzend Abgeordnete gerechnet werden konnte, dessen Stimmen im Reichstag nichts entschieden, das Wählen hauptsächlich als Mittel der Agitation und der Heerschau betrachtet wurde und die Hauptaufgabe unserer Abgeordneten im Halten von Agitationsreden bestand, so war das den Verhältnissen entsprechend; wenn man heute verlangt, wir sollten uns auf diese Taktik beschränken, so heißt das, wir sollten eine Waffe, die wir in einem Jahrzehnt opfervollen Kampfes errungen, einfach wegwerfen, ohne von ihr Gebrauch zu machen, weil sie nicht so schneidig ist, als wünschenswerth wäre.

Daß unsere Abgeordneten an der „positiven Arbeit" im Reichstag theilnehmen, ist nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht. Daß sie daran jetzt mehr theilnehmen als ehedem, ist ein Zeichen von Stärke, nicht von Schwäche. Je stärker wir werden, desto mehr wird uns die Gegenwart beschäftigen. Das wäre nur dann ein Unglück, wenn wir darüber die Zukunft vergäßen, wenn wir uns darauf beschränkten, nach Augenblickserfolgen zu haschen, auch wenn die dauernden Interessen des Proletariats, seine Zukunft, dadurch gefährdet würden. Zu einer solchen Befürchtung hat die Haltung unserer Partei bisher nicht den mindesten Grund gegeben.

Mancher „Junge" wirft uns vor, daß wir uns zu wenig um die Revolution kümmern. Wenn das heißen soll, daß wir den revolutionären Charakter unserer Partei verleugnen, so ist das nicht richtig. Oder sollen wir mehr für die Revolution thun? Aber was denn? Man kann sie doch nicht nach Belieben machen?

Man kann wohl von einer kommenden Revolution in demselben Sinne sprechen, wie man von einem kommenden Kriege spricht: so wie man einen Krieg für unvermeidlich hält, wenn die Gegensätze zwischen den Staaten zu einer gewissen Höhe gediehen sind, so lassen gewisse Gegensätze im Innern der Staaten auf das Kommen einer Revolution schließen. Damit ist nicht gesagt, daß sie unvermeidlich sei; gleich einem Krieg kann sie unvermuthet über Nacht kommen, sie kann aber auch in die Ferne gerückt werden, ja selbst ganz vom Horizont wieder verschwinden, wenn irgend eine unerwartete Wendung der Spannung in anderer Weise Luft macht. So ist z. B. die Chartistenbewegung im Sande verlaufen, kurz nachdem England dicht vor dem Rande der Revolution gestanden.

Ein kluger Sozialdemokrat wird sich in seinen politischen Berechnungen ebensowenig auf die Revolution verlassen, als ein kluger Staatsmann seine politische Zukunft davon abhängig machen wird, daß es im Juli nicht regnet. Aber noch unberechenbarer, als das Datum der Revolution, ist ihre *Form*.

Wer immer uns die Methoden zeichnen will, durch die das Proletariat die politische Macht erobern wird, sei er ein Staatsanwalt, ein Staatsmann, der Unteroffiziersprämien braucht, oder ein heißblütiger Parteigenosse, dem es nicht rasch genug vorwärts geht, er kann ihr Bild nur entwerfen nach dem Modell der Revolutionen, die *gewesen sind*. Wir glauben dagegen, daß man von den Entscheidungskämpfen zwischen Proletariat und Bourgeoisie nur *eines* mit Sicher=

heit behaupten kann: daß sie ganz anders aussehen werden, als die bisherigen Revolutionen ausgesehen haben, denn es werden dabei Faktoren in Wirkung treten, die bisher noch bei keiner Revolution eine Rolle gespielt haben, die ganz neu sind und daher den kommenden akuten Klassenkämpfen unerhörte Formen geben müssen.

Noch nie ist in allen Staaten Europas das Proletariat so zahlreich gewesen wie jetzt. In Bezug auf die bloße Zahl der Proletarier könnte man das Europa von heute vielleicht gleichsetzen dem England der Chartistenzeit. Aber wie ganz anders ist das jetzige Proletariat geartet, als das damalige! Können die Arbeiter der Chartistenbewegung an Opfermuth und Entschlossenheit kaum übertroffen werden, so stehen die Proletarier, die an den modernen Arbeiterbewegungen theilnehmen, hoch über ihnen, ja selbst noch über der Masse der Theilnehmer an der letzten revolutionären Erhebung, der Pariser Kommune, was Einsicht, Klarheit, Klassenbewußtsein und Einheitlichkeit anbelangt.

Die Welt hat bisher ein so zahlreiches und intellektuell so hochstehendes freies arbeitendes Proletariat noch nicht gesehen, wie es sich in den modernen Kulturstaaten findet; sie hat aber auch noch nie ein Proletariat gesehen, dem solche politische und ökonomische Waffen zur Verfügung gestanden hätten, wie dem heutigen.

Das Wahlrecht war bis 1848 dem Proletariat überall versagt; es war selbst die Veranlassung heftiger revolutionärer Bewegungen. Seit zwei Jahrzehnten hat die Arbeiterklasse dies Recht in fast allen modernen Staaten errungen, sie ist auch mit seiner Handhabung bereits völlig vertraut worden. Dieser Umstand allein muß einer etwaigen zukünftigen revolutionären Bewegung eine von den bisherigen ganz verschiedene Form geben.

Vielleicht noch mehr wird das bewirkt werden durch die Veränderungen im Heerwesen. Die Armee ist ein Faktor geworden, mit dem im offenen Kampfe keine andere Volksschicht mehr sich messen kann. Aber sie ist im Begriff, an Verläßlichkeit zu verlieren, was sie an Kraft gewonnen hat. Zum ersten Mal in der Weltgeschichte bewaffnet der Staat jetzt große Massen von Proletariern. Die Wehrhaftigkeit war ehedem ein Vorrecht der Besitzenden, der Freien, der Edlen gewesen. Als die früheren Heeresorganisationen durch das Söldnerheer abgelöst wurden, da waren es Lumpenproletarier, namentlich deklassirte Bauern, die sich an die Träger der öffentlichen Gewalt verkauften. Die französische Revolution schuf die allgemeine Wehrpflicht, aber deren Durchführung wurde fast überall mehr oder weniger verkümmert, das Heer behielt (Preußen vielleicht ausgenommen) seinen alten Charakter mehr oder weniger fort, soweit seine Zusammensetzung in Frage kommt. Erst seit dem allgemeinen Wettrennen um den Preis der stärksten Rüstung, seit 1866, ist die allgemeine Wehrpflicht immer mehr und mehr zur Wahrheit geworden. Gleichzeitig damit reduzirte man die lange Dienstzeit, die der Soldateska einen eigenen Klassencharakter gegeben hatte, und die Fortschritte der Kriegswissenschaft zwangen immer mehr, an Stelle des Drills die Selbständigkeit des Soldaten zu setzen.

In diese so veränderte Armee treten von Jahr zu Jahr mehr klassenbewußte Proletarier ein. Das allgemeine Wahlrecht giebt einen ungefähren Maßstab ab für die Verbreitung des Sozialismus, nicht nur unter den Wählern, sondern auch unter den Soldaten. Das Verhältniß dürfte hier wie dort dasselbe sein.

Das ist eine Situation, wie sie bisher noch nie dagewesen. Und sie spitzt sich immer mehr zu: Immer mehr Soldaten, aber auch immer mehr Sozialdemokraten in der Bevölkerung, also auch in den Kasernen. Und die Zahl der Sozialdemokraten wächst noch rascher als die der Soldaten.

Selbst wenn diese Situation zu nichts Anderem führen sollte, Eines wird sie sicher im Gefolge haben: Die herrschenden Klassen verlieren ihre Ruhe, ihr Selbstvertrauen; sie verlieren das blinde Vertrauen der Anderen. Und das bedeutet für die aufstrebenden Klassen schon halb gewonnenes Spiel.

Zu alledem kommt, daß das Proletariat ökonomisch nie so unentbehrlich gewesen ist, wie jetzt. Die kapitalistische Produktionsweise hat sich gerade in den letzten zwei Jahrzehnten aller Lebensquellen der zivilisirten Nationen bemächtigt. Der Fortgang der kapitalistischen Produktion ist für sie nicht mehr blos eine Frage der größeren oder geringeren Prosperität, er ist eine Lebensfrage geworden. Und wie komplizirt, wie empfindlich, wie leicht in ihrem Getriebe zu stören ist diese Produktionsweise!

Was ist aber dieselbe ohne das Proletariat? Von ihm hängt das ökonomische Leben der zivilisirten Nationen ab.

Darauf beruht auch die Ansicht Derjenigen, die da glauben, durch den Generalstrike eine Revolution erzwingen zu können. Wir sind nicht dieser Ansicht. Vor Allem kann ein solcher ebenso wenig gemacht, ebenso wenig im Voraus angezeigt werden, wie eine Revolution. Wir halten ihn für unmöglich, für undurchführbar, ja für schädlich, denn er wird das Proletariat eben so schwer treffen, wie die anderen Klassen der Gesellschaft. Aber damit ist nicht gesagt, daß nicht unter Umständen, wenn eine große Entscheidung bevorsteht, wenn gewaltige Ereignisse die Arbeitermassen aufs Tiefste aufgewühlt haben, ausgedehnte Arbeitseinstellungen große politische Wirkungen hervorrufen können.

Es giebt außer den genannten noch andere Faktoren im heutigen politischen und sozialen Leben, die völlig neu sind, z. B. die Internationalität, der verheerende Charakter der modernen Krisen und Kriege u. s. w., aber das Gesagte dürfte genügen, erkennen zu lassen, daß die kommende politische Entwicklung eine ganz eigenartige sein wird, und daß Jeder auf dem Holzwege ist, der sie nach der alten Schablone beurtheilen will.

Wir können gar nichts darüber sagen, wie diese neuen Faktoren wirken werden; es ist ebenso vorschnell, wenn einige friedliebende Genossen sich für den friedlichen und gesetzlichen Weg verbürgen, als es vorschnell wäre, zu behaupten, unsere Ziele könnten nur durch Gewalt erreicht werden.

Darüber wissen wir gar nichts.

Und was heißt friedlich, was gesetzlich, was gewaltthätig? Der gesetzliche Weg ist oft sehr gewaltthätig und mancher ungesetzliche Weg sehr friedlich. Wenn die Deputirten des dritten Standes sich am 17. Juli 1789 als Nationalversammlung konstituirten, so war das höchst ungesetzlich, es ging aber dabei sehr friedlich zu, Niemandem wurde ein Haar gekrümmt. Dagegen wurde Ludwig XVI. auf „gesetzlichem Wege" geköpft.

Kann man über die Formen der kommenden politischen Entwicklung gar nichts sagen, so natürlich auch nichts über die Uebergangsformen zum Sozialismus, die ja mit diesem Wie und Wann in innigster Verbindung stehen. Wir wissen auch gar nicht, welche Produktivkräfte und Produktionsformen die kapitalistische Produktionsweise bis dahin noch entwickeln wird; wir wissen nicht, bis zu welchem Grade sie in den einzelnen Ländern zur Reife gelangen werden; wir haben also gar keine thatsächlichen Grundlagen, auf denen wir jetzt schon ein festes Gebäude errichten könnten. Wir sind darüber auf vage Vermuthungen angewiesen. Die Uebergangsmaßregeln zum Sozialismus gehören daher unseres Erachtens nicht in das Programm und wir freuen uns, daß der Entwurf davon gänzlich absieht. Nicht durch das Ausdenken einer Schablone von Uebergangsmaßregeln, sondern nur durch eine gründ-

liche Erkenntniß der thatsächlich um uns vor sich gehenden Entwicklung werden wir in den Stand gesetzt werden, in jeder kommenden Situation, welcher Art immer sie auch sein möge, stets das Zweckentsprechende zu fordern und zu thun.

Noch weniger als die Uebergangsmaßregeln gehört natürlich der „Zukunftsstaat" in unser Programm. Auf eine Zeichnung der Details desselben verzichten freilich heute schon selbst unsere Gegner. Aber was sie verlangen, ist die Darlegung der Prinzipien, auf denen er aufgebaut sein wird. Wir bedauern, nicht einmal diese Darlegung geben zu können. Damit ist keineswegs gesagt, daß wir blind und aufs Gradewohl in die Zukunft hineintappen wollen; wir sehen bis zu einem gewissen Grade ganz klar, aber nicht die Formen und Formeln, sondern die Tendenzen der kommenden Entwicklung. Nach Formen und Formeln kann nur fragen, wer noch an der alten Ansicht festhält, die Gesellschaft sei ein todter Mechanismus, der künstlich nach Belieben aufgebaut werde, nicht ein lebendiger Organismus, der sich nach eigenartigen Gesetzen entwickelt.

Wer unsere Ansichten über die Tendenzen der kapitalistischen Produktionsweise und die daraus entspringenden sozialistischen Gegentendenzen kennen lernen will, der findet klare und deutliche Antworten genug in unserer Literatur, vor Allem im „kommunistischen Manifest" und im „Kapital." Welche Formen diese Tendenzen erzeugen werden, das können wir aber nicht einmal für die nächste Zukunft innerhalb der bestehenden Gesellschaft sagen. In dieser Beziehung bringt uns auch heute schon jeder Tag neue Ueberraschungen, namentlich durch die stetig fortschreitenden technischen Umwälzungen.

Was wir oben von den Methoden sagten, durch die das Proletariat die politische Macht erobern wird, dürfte in noch viel höherem Maße vom „Zukunftsstaate" gelten: er wird ganz anders aussehen, als wir ihn uns vorstellen. Man kann sich nur vorstellen, was man kennt; die Phantasie kann nie weiter gehen, als die Elemente, die ihr die Erfahrung bietet, neu zu kombiniren. Der Zukunftsstaat, den man heute zeichnet, kann kaum etwas Anderes sein, als ein Bild davon, wie eine sozialistische Gesellschaft mit den heute gegebenen Produktivkräften und Produktionsformen aussehen würde. Wir wissen weder, welche Produktivkräfte der sozialistischen Gesellschaft in ihren Anfängen zu Gebote stehen werden, noch auch welche Kräfte sie freisetzen und aus ihrem eigenem Schooße entwickeln wird. Es werden da unseres Erachtens unerhörte, riesenhafte Faktoren in Wirkung treten, die Unerhörtes, Riesenhaftes schaffen werden; die Wirklichkeit dürfte Alles hinter sich lassen, was unsere Phantasie heute ersinnt.

Unsere Aufgabe ist es, die Bahn frei zu machen für diese großartige Entwicklung, nicht sie einzuschnüren in armselige juristische Formeln über die „Vertheilung des Arbeitsertrags" und dergleichen.

* * *

Wir hoffen, es ist uns gelungen, die für den vorliegenden Programmentwurf wichtigsten Punkte zu charakterisiren, durch die sich der wissenschaftliche Sozialismus vom politischen wie unpolitischen Utopismus unterscheidet, diejenigen Punkte, in denen dieser Entwurf sich viel konsequenter und klarer erweist, als das Gothaer Programm, das allerdings auf demselben Standpunkte fußte, wie der neue Entwurf, sich aber von Rückfällen in die primitiven sozialistischen Denkformen nicht ganz frei zu halten wußte.

Wir brauchen nach dem Gesagten auf die prinzipielle Seite des Entwurfs kaum weiter einzugehen. Wir haben nur noch die Frage zu untersuchen, ob seine Redaktion, seine Fassung auch immer die glücklichste ist.

Der Entwurf des neuen Parteiprogramms.

III.

Der Entwurf zerfällt in zwei Theile: erstens die Erwägungen, durch die wir den Charakter unserer Partei und unsere Ziele begründen; zweitens die Forderungen, die wir, ausgehend von diesen Erwägungen, in der Gegenwart, für den praktischen Kampf stellen.

Wir halten diese Theilung für vollständig berechtigt. Man hat, so z. B. ein Mitarbeiter der Elberfelder „Freien Presse" (25. August d. J.), vorgeschlagen, noch eine andere Art von Forderungen aufzustellen: diejenigen, welche, aussichtslos im heutigen Staat, zur Anbahnung der sozialistischen Gesellschaft nothwendig sind. Für eine derartige Formulirung von Uebergangsmaßregeln von der heutigen in die sozialistische Gesellschaft können wir uns nicht erwärmen. Die Gründe, die dagegen sprechen, haben wir bereits im vorigen Artikel kurz berührt.

Es gilt hier für den politischen Kampf dasselbe, was für den Kampf der Armeen gilt. Ein Feldherr kann den Aufmarsch seines Heeres vorher feststellen und regeln, nicht aber die weitere Entwicklung des Krieges. „Es ist überhaupt eine Täuschung," schreibt Moltke in seiner Geschichte des deutsch-französischen Kriegs, „wenn man glaubt, einen Feldzugsplan auf weit hinaus feststellen und bis zu Ende durchführen zu können. Der erste Zusammenstoß mit der feindlichen Heeresmacht schafft je nach seinem Ausfall eine neue Sachlage. Vieles wird unausführbar, was man beabsichtigt haben mochte, Manches möglich, was vorher nicht zu erwarten stand. Die geänderten Verhältnisse richtig auffassen, daraufhin für eine absehbare Frist das Zweckmäßige anordnen und entschlossen durchführen, ist Alles, was die Heeresleitung zu thun vermag.".

Sorgen wir für tüchtige Soldaten und Feldherrn, für eine genaue Kenntniß der beiderseitigen Machtmittel und des Terrains; verlieren wir aber nicht die Zeit damit, uns über die Haut des Bären zu streiten, ehe er erlegt ist.

Betrachten wir zunächst den ersten Theil, die „Erwägungen." Es war höchst erfreulich, zu sehen, wie eifrig dieselben diskutirt worden sind, wie groß das Interesse in unserer Partei nicht blos für praktische, sondern auch für theoretische Fragen ist. Die Majorität hat sich dabei auf Seite des Entwurfs des Parteivorstandes gestellt; was von den Gegnern desselben vorgebracht wurde, war im Allgemeinen nicht sehr bedeutend. Nur zwei Gegenentwürfe sind bisher unseres Wissens veröffentlicht worden; ein von dem * Mitarbeiter herrührender im „Hamburger Echo" und ein, anscheinend aus der Redaktion stammender in der Magdeburger „Volksstimme." Wir haben es hier zunächst nur mit den Vorschlägen dieser Gegenentwürfe zu den „Erwägungen" zu thun. So weit sich das Opus des * Mitarbeiters von dem Entwurf des Parteivorstandes unterscheidet, ist es gerade nicht sehr gelungen. Es entdeckt die große Wahrheit, daß „die Sozialdemokratie den demokratischen Sozialismus erstrebt" und findet die Ursache der Uebel der Gegenwart „in der individualistischen Gesellschaftsordnung, d. h. darin, daß die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse sind." Kurz darauf aber spricht er von der „individualistischen, der zwerghaften Produktionsweise früherer Epochen entsprechenden Gesellschaftsordnung." Wir erfahren also, daß die Monopolisirung der Arbeitsmittel durch die Kapitalistenklasse nicht blos Individualismus, sondern auch der zwerghaften Produktionsweise früherer Epochen entsprechend ist. Und so geht es fort; an

Stelle klarer ökonomischer Begriffe konfuse mit gelehrt klingenden Worten gespickte Redensarten.

Eine ganz andere Bedeutung hat der Gegenentwurf der Magdeburger „Volksstimme." Er ist in manchen Punkten dem Entwurf des Parteivorstandes überlegen.

Trotzdem können wir ihm die Palme nicht zuerkennen. Denn der Fehler, der uns als einer der Hauptfehler des Entwurfs des Vorstandes erscheint, ist dem Magdeburger Entwurf in noch höherem Maße eigen: seine übergroße Länge.

Mit Recht erklärte Liebknecht in einer Versammlung in Leipzig (11. August), daß es bei einem Programm „vor allen Dingen nothwendig sei, so kurz und zugleich so deutlich als möglich zu sein." An Kürze stehen die Erwägungen der in Rede stehenden Entwürfe weit hinter den Erwägungen des Gothaer Programms zurück. Haben sie an Allgemeinverständlichkeit gewonnen, was sie an Kürze verloren haben? Wir glauben nicht.

Die Länge der vorliegenden Programmentwürfe rührt unseres Erachtens daher, daß sie alle versuchen, das Programm so leichtverständlich zu machen, daß es Jeder sofort begreift.

Das ist aber eine Aufgabe, die unmöglich zu lösen ist. Unsere Anschauungen sind so eigenartige, so von den herkömmlichen verschiedene, daß sie Niemand ohne Weiteres erfassen kann. Niemand kann ohne längere Gedankenarbeit, ohne öftere geistige Anregungen von Außen, sozialistisch denken lernen. Niemand wird unser Programm verstehen können, der nicht in irgend einer Weise, sei es durch Lektüre, sei es durch das Anhören von Versammlungsreden, sei es durch private Diskussionen mit unserem Gedankengang bis zu einem gewissen Grade vertraut worden ist. Wie man sich auch bemühen mag, das Programm wird nie ein Nürnberger Trichter werden, durch den man den Sozialismus ohne Weiteres in die Köpfe hineingießen kann.

Dadurch, daß man den Kommentar zum Programm ins Programm selbst hineinlegen will, erreicht man also nur eines: man macht es schwerfälliger, die einzelnen Sätze prägen sich weniger leicht den Köpfen ein, das Wesentliche tritt zu leicht in den Hintergrund hinter dem weniger Wichtigen — das Programm verliert also an Wirksamkeit gerade bei Denjenigen, die noch nicht durchgebildete Sozialisten sind. Wie umfangreich man auch ein Programm mache, man wird nie erreichen, daß es eine populäre Propagandaschrift für Anfänger wird. Dazu müßte man mehr als ein Programm schreiben: eine Broschüre, ein Manifest.

Das Bedürfniß nach einem solchen ist unleugbar vorhanden, ihm verdankt wohl der Programmentwurf seine Länge: das Bedürfniß nach einer authentischen, im Namen der Partei, nicht eines Einzelnen, erscheinenden Darlegung des Charakters unserer Bewegung und unserer Ziele. Ein derartiger Kommentar zu unserem Programm, eine weitere Ausführung, Begründung und Erläuterung der kurzen, nackten Sätze des Programms könnte propagandistisch von höchstem Nutzen sein. Wir glauben, der Erfurter Parteitag würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er die Abfassung eines solchen Manifests beschlösse.

Freilich, wir haben das kommunistische Manifest. Aber dieß ist ein Mittel des Studiums, nicht der elementaren Propaganda. Es behandelt Dinge und Verhältnisse, die heute längst nicht mehr allgemein bekannt sind; es weiß natürlich nichts von all' den neuen Erscheinungen, die seitdem aufgetaucht sind, zu denen wir Stellung nehmen müssen, an denen wir unseren Standpunkt am populärsten illustriren können. Es geht aber nicht an, das kommunistische Manifest umzuarbeiten, selbst wenn sich Jemand zu dieser kühnen Arbeit bereit fände.

Es ist ein geschichtliches Dokument, und ein solches kann man nicht den jeweiligen Bedürfnissen entsprechend modernisiren.

Die neue historische Situation erfordert ein neues Manifest. Versuchen wir es, ein solches zu schaffen. Freilich ist das alte Manifest ein klassisches, unübertreffliches Meisterwerk. Aber das neue sollte ihm auch nicht „Konkurrenz machen," sollte es nicht ersetzen, sondern einer ganz anderen Aufgabe dienen, als das alte heute dienen kann.

Ein solches Manifest würde das Programm erheblich entlasten und ermöglichen, es kürzer und eindringlicher zu gestalten.

Gehen wir nun auf die einzelnen Abschnitte der „Erwägungen" ein. Die ersten vier bilden eine Charakteristik der modernen Produktionsweise, aus der dann unsere Tendenzen abgeleitet werden. Das entspricht vollkommen dem Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus.

Die ersten vier Absätze des Entwurfes des Parteivorstandes lauten:

„Die Trennung der Arbeiter von den Arbeitsmitteln — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — und deren Uebergang in den Alleinbesitz eines Theiles der Gesellschaftsglieder hat zur Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen, die arbeitende und die besitzende, geführt.

„In den Händen ihrer Aneigner sind die gesellschaftlichen Arbeitsmittel zu Mitteln der Ausbeutung geworden. Die hierdurch bedingte ökonomische Unterwerfung der Arbeiter unter die Besitzer der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, ist die Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt: des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit.

„Unter der Herrschaft dieser Ausbeutung nimmt die Anhäufung des durch die Ausgebeuteten erzeugten Reichthums in den Händen der Ausbeuter — der Kapitalisten und Großgrundbesitzer — mit wachsender Geschwindigkeit zu. Immer ungleicher wird die Vertheilung des Arbeitsprodukts zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer größer die Zahl und immer unsicherer die Lebenslage der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Klassengegensatz, immer erbitterter der Klassenkampf, welcher die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

„Die im Wesen der kapitalistischen Produktion begründete Planlosigkeit erzeugt jene immer länger andauernden Krisen und Arbeitsstockungen, welche die Lage der Arbeiter noch verschlimmern, durch den Ruin der städtischen und ländlichen Mittelstände — der Kleinbürger und Kleinbauern — den Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen erweitern, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Klasse der Aneigner der gesellschaftlichen Arbeitsmittel den Beruf und die Fähigkeit zur wirthschaftlichen und politischen Führung verloren hat."

Der erste dieser Absätze erscheint uns in der jetzigen Fassung recht anfechtbar. Das, was er sagen will, ist unleugbar richtig, aber es ist nicht richtig ausgedrückt. Man kann den Absatz so auffassen — und das ist die naheliegendste Annahme — als wolle er sagen, daß es überhaupt nur zwei Klassen in der heutigen Gesellschaft giebt: eine arbeitende und eine besitzende. Aber im vierten Absatz spricht der Entwurf selbst von städtischen und ländlichen Mittelständen, Kleinbürgern und Kleinbauern. Diese Klassen gehören ebenso zu den besitzenden wie zu den arbeitenden. Was der erste Absatz als *vollendete Thatsache* behauptet, das besteht nur in der *Tendenz*: die Tendenz der kapitalistischen

Produktionsweise geht dahin, die Mittelklassen zu expropriiren, und die Gesellschaft in zwei Klassen zu spalten, die Arbeiter, die nichts besitzen, und die Besitzenden, die nichts arbeiten. Aber so weit, daß es nur diese zwei Klassen gäbe, sind wir noch lange nicht; dahin werden wir vielleicht nie kommen, denn es ist zu erwarten, daß die kapitalistische Produktionsweise früher an ihren eigenen Widersprüchen zu Grunde geht, ehe sie ihre letzten Konsequenzen gezogen hat.

Noch einige kleinere Punkte wären bezüglich des ersten Absatzes zu erwähnen. Er spricht von Arbeitsmitteln. Das stimmt nicht mit der Terminologie, die Marx im „Kapital" eingeführt hat, und die man der Einheitlichkeit wegen nicht ohne Noth verlassen sollte. Marx unterscheidet zwischen Arbeitsmittel (Werkzeug 2c.) und Arbeitsgegenstand (Rohstoff). Beide bilden zusammen die Produktionsmittel. Hält man es für nothwendig, die Produktionsmittel näher zu definiren, dann wäre es angezeigt, zu den im Entwurf angegebenen noch die Rohstoffe hinzuzufügen. Auch diese werden von den Kapitalisten monopolisirt, und dieses Monopol ist z. B. eine der Hauptursache der Abhängigkeit der Hausindustriellen von den Kapitalisten.

Man wird gegen das Wort Produktionsmittel einwenden, es sei ein Fremdwort. Auch wir sind dafür, daß man in Schriften, die für die große Masse berechnet sind, Fremdworte möglichst vermeide, aber wir sind der Ansicht, der Begriff *Fremdwort dürfe nicht in seiner etymologischen* Bedeutung genommen werden. Es handelt sich darum, Worte zu vermeiden, die dem Volke fremd sind, nicht aber unter allen Umständen Worte auszumerzen, die aus fremden Sprachen stammen. Ein Fremdwort ist oft verständlicher als ein deutsches, neu erfundenes. Das Wort *Redakteur ist populärer als* das Wort Schriftleiter; das Wort *Profit populärer als* das Wort *Mehrwerth*.

Wir glauben nicht, daß unser Programm weniger verständlich würde, wenn man an Stelle des Wortes „Arbeitsmittel" „Produktionsmittel" setzte. Auf jeden Fall käme es dadurch mehr in Uebereinstimmung mit der Ausdrucksweise des grundlegenden Werkes des modernen Sozialismus.

Auch mit dem Wort „Alleinbesitz" an Stelle des Wortes „Monopol" können wir uns nicht befreunden. Wer in unserer Zeit der Tabaks-, Schnaps- und anderen Monopole nicht weiß, was ein Monopol ist, der weiß auch nicht, was ein Kapitalist oder ein Proletarier ist. Für solche politische Kinder ist unser Programm auf jeden Fall zu „hoch." Das Wort „Monopol" bedeutet aber viel mehr, als blos den Alleinbesitz eines Gutes. Damit ist untrennbar verbunden der Begriff der Benutzung dieses Gutes zur Ausbeutung Anderer. Das Wort „Monopol" ist daher viel präziser zur Bezeichnung des kapitalistischen Privateigenthums als das Wort „Alleinbesitz," das schließlich auf jede Art von Eigenthum paßt. Das Gothaer Programm sprach vom „Monopol der Arbeitsmittel." Wir vermissen ungern das Wort in dem neuen Programm.

In den folgenden Absätzen haben wir eine unrichtige Behauptung oder eine falsche Bezeichnung nicht gefunden. Was wir vor Allem an ihnen auszusetzen haben, das ist der schon oben gerügte Fehler: ihre Länge. Diese Absätze sind nicht die Erwägungen eines Programms, sondern die beredten Ausführungen einer Anklageschrift. Eine Reihe ökonomischer Fragen wird da aufgerollt, die nur der begreifen kann, der unsere Gedankengänge bereits bis zu einem gewissen Grade kennt, deren Anführung also durchaus nicht dazu dient, die Erwägungen populärer und leichter verständlicher zu machen. Stellen, wie z. B. die über die Krisen haben wir in keinem anderen Programm gefunden. Daß deren Verständniß schon einige ökonomische Klarheit voraussetzt, beweisen

unter Anderem die Mißverständnisse in den Ausführungen, die Dr. Friedländer im „Vorwärts" darüber veröffentlicht hat, in denen er den alten Irrthum wieder aufwärmt, daß die Krisen ein Produkt nicht der Planlosigkeit, sondern der Unterkonsumtion seien. Es ist hier nicht der Ort, auf eine nähere Besprechung dieser Frage einzugehen, die von Engels in seinem „Anti-Dühring" und von Marx im zweiten Bande seines „Kapital" genügend erörtert worden ist.*) Auf der anderen Seite hat die Berliner „Volkstribüne" (15. August) darauf hingewiesen, daß die Ringe und Trusts anfangen, Planmäßigkeit in die bisherige Planlosigkeit der modernen Produktionsweise zu bringen. Es erscheint uns etwas vorschnell, wenn der Verfasser annimmt, die Krisen würden nun bald zu den „gewesenen Dingen" gehören. So einfach liegt die Sache nicht. Wir kennen wohl die Tendenzen der Ringe und Kartelle, aber noch nicht die Gegentendenzen, welche diese zu erzeugen im Stande sind und die vielleicht gerade die Kartelle zum Ausgangspunkte noch größerer Krisen machen werden, als die bisherigen waren. Aber auf jeden Fall scheint es auch uns, daß wir vor einer neuen Phase der kapitalistischen Produktionsweise stehen, in der die Krisen vielleicht eine von der bisherigen abweichende Gestalt bekommen werden. Wir halten es daher für gerathen, über die Planlosigkeit 2c. gar nichts zu sagen, umsomehr als der Hinweis auf diese Details das Programm nur überbürdet.

Enthalten die ersten vier Abschnitte unseres Erachtens nach der einen Richtung zu viel, so nach der andern zu wenig. Sie sind, wie schon gesagt, vorwiegend eine Anklageakte. Sie legen die Momente ziemlich breit dar, die den Untergang der bestehenden Produktionsweise zu einem unvermeidlichen, ihren Umsturz zu einem berechtigten machen, aber sprechen nicht von den Elementen der neuen Gesellschaft, die in ihr erwachsen. Wohl heißt es später, in Absatz 6, daß die kapitalistische Gesellschaft selbst die Vorbedingungen ihrer Umwandlung in eine sozialistische schafft; aber der Platz, wo das gesagt werden muß, ist nicht in Absatz 6, sondern innerhalb der ersten vier Absätze, die vom Charakter der modernen Produktionsweise handeln.

Auch müßte gesagt werden, welcher Art diese Vorbedingungen sind. Im Entwurf der Magdeburger „Volksstimme" sind dieselben ausführlich dargelegt. Das geht zu weit. Eine solche Darlegung wäre Sache des Manifestes, nicht des Programms. Wohl aber könnte in einem bis zwei kurzen Sätzen das Nöthigste gesagt werden. Dadurch würde auch erreicht, daß die kapitalistische Produktionsweise in ihren Besonderheiten besser charakterisirt würde, als es im vorliegenden Entwurf geschieht. Was derselbe ganz außer Acht läßt, ist die technische Revolution, welche die materielle Vorbedingung der modernen kapitalistischen Großindustrie wie der sozialistischen Produktion bildet.

Der Untergang der Mittelstände, die Zunahme des Elends und der Ausbeutung auf der einen, des Reichthums auf der anderen Seite, das sind Erscheinungen, die der modernen Gesellschaft nicht allein eigenthümlich sind. Wir finden sie auch in der römischen Gesellschaft seit dem zweiten Jahrhundert vor Beginn unserer Zeitrechnung, immer mehr hervortretend. Was verhinderte, daß aus der römischen Gesellschaft der Kaiserzeit sich eine sozialistische herausbildete, das war vor Allem der Mangel der nöthigen technischen und ökonomischen Vorbedingungen. Daß „die Anhäufung des durch die Ausgebeuteten erzeugten Reichthums in den Händen der Ausbeuter zunimmt" ist nicht eine Besonderheit der

---

*) Eine treffliche Widerlegung des Friedländer'schen Standpunktes fanden wir in der „Sächsischen Arbeiterzeitung" vom 29. Juli.

heutigen Gesellschaft; eine Besonderheit derselben ist es, daß dieser Reichthum zu **Kapital** wird. Nicht Akkumulation von **Reichthum**, sondern Akkumulation von **Kapital** ist die Parole der Kapitalisten. Reichthum und Kapital ist zweierlei. Jedes Kapital ist Reichthum, nicht jeder Reichthum ist Kapital. Ehedem diente der sich aufhäufende Reichthum überwiegend zum **Genuß** — nur ein relativ unbedeutender Theil wurde als Wucher- und Handelskapital verwendet. Erst das Aufkommen des industriellen Kapitals schafft den Drang und die Möglichkeit, den neu erlangten Reichthum immer und immer wieder zu neuer Ausbeutung zu verwenden. Dadurch erst wird die Anhäufung des Reichthums ein revolutionärer Faktor; die stetig fortschreitende Akkumulation des Kapitals ist eine der mächtigsten Ursachen der stetigen Revolutionirung der modernen Produktionsweise; und sie erst schafft Beschäftigung wenigstens für einen Theil der freigesetzten Proletariermassen, wodurch sie verhindert, daß dieselben insgesammt Lumpenproletarier werden müssen, wie sie es im alten Rom oder im England des 15. und 16. Jahrhunderts wurden; sie macht die Expropriirten zu der ökonomischen Grundlage der Gesellschaft und verleiht ihnen damit jene Macht und jene moralischen und intellektuellen Kräfte, die sie in den Stand setzen werden, das Gemeinwesen zu erobern.

Das ist der Unterschied zwischen der bloßen Anhäufung von Reichthum und der Anhäufung von Kapital. Diese Besonderheiten der modernen Produktionsweise verdienten wohl erwähnt zu werden.

Es erscheint uns unmöglich, die Aenderungen, die wir für nothwendig halten, im Rahmen des vorliegenden Entwurfs anzubringen. Es hieße das, dessen Gedankengang vollständig zerstören und an Stelle eines einheitlichen Gebildes ein Flickwerk zu setzen.

Sollten unsere Ausführungen begründet genug erscheinen, um Beachtung zu heischen, dann müßte an Stelle der vorliegenden vier Absätze etwas ganz Neues gesetzt werden. Wir beantragen an deren Stelle Folgendes:

„Die industrielle Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von den Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß diese das Monopol einer kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

„Hand in Hand damit geht die Zusammenfassung der zersplitterten Kleinbetriebe in Riesenbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum des Ertrags der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelstände bedeutet sie Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

„Das Privateigenthum an Produktionsmitteln ist ehedem das Mittel gewesen, dem freien Arbeiter den Besitz seines Produkts zu sichern. Heute ist dieses selbe Eigenthumsrecht zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigenthum und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle

des Elends und der Erniedrigung zu einer Quelle der Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde."

Wir hoffen, im Vorliegenden nicht nur alle Momente zur Geltung gebracht zu haben, deren Berücksichtigung wir oben für wünschenswerth erklärt, sondern auch eine Form gefunden zu haben, in der wir ohne unseren Prinzipien etwas zu vergeben und kleinbürgerliche Utopien zu stützen, uns auch an **Kleinbürger** und **Bauern** wenden, die der Entwurf des Parteivorstandes kaum erwähnt. Wir hoffen, den Punkt hervorgehoben zu haben, in dem die Interessen des Proletariats mit denen der versinkenden Mittelstände sich vereinigen. Das erscheint uns gerade jetzt nicht unwichtig zu sein, wo wir beginnen, die Agitation aufs flache Land und in die Kleinstädte zu tragen.

Die Schlußsätze unseres Entwurfs führen uns zu den nächsten Absätzen des vom Parteivorstande vorgelegten Entwurfs. Was in diesem das Hauptthema des sechsten Absatzes bildet, haben wir in der zweiten Hälfte unseres dritten Absatzes erledigt.

Die Absätze 5, 6, 7 und 8 des, wenn man so sagen darf, offiziellen Entwurfs lauten:

„Diesem Zustand, der von Tag zu Tag unerträglicher wird, durch Beseitigung seiner Ursachen ein Ende zu machen und die Befreiung der Arbeiterklasse zu erringen, ist das Ziel und die Aufgabe der Sozialdemokratie.

„Die sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt demgemäß die Umwandlung der Arbeitsmittel — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — in Gemeineigenthum der Gesellschaft, und die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische Produktion, eine Umwandlung, für welche die kapitalistische Gesellschaft selbst die materiellen und geistigen Bedingungen geschaffen hat und weiter schafft und durch welche allein die Befreiung der Arbeiterklasse und mit ihr die Befreiung aller Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme verwirklicht wird.

„Die sozialdemokratische Partei hat nichts gemein mit dem sogenannten Staatssozialismus, dem System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, das den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt.

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, weil alle übrigen Klassen und Parteien auf dem Boden des Kapitalismus stehen und trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich doch die Erhaltung und Stärkung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben."

Der Gedankengang ist hier ein anderer als in unserem Entwurf. In diesem wird der Kommunismus direkt als eine aus der geschichtlichen Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise resultirende Nothwendigkeit abgeleitet; der offizielle Entwurf leitet ihn ab, nicht aus dem Charakter der heutigen Produktion, sondern aus dem Charakter unserer Partei.

Die Gedankenfolge im Entwurf des Parteivorstandes ist folgende: Die heutige Produktionsweise schafft unerträgliche Verhältnisse, darum müssen wir sie beseitigen; deswegen streben wir den Kommunismus an, dessen Realisirung nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann. Daß die kapitalistische Gesellschaft selbst die Bedingungen des Kommunismus schafft, wird nur nebenbei erwähnt.

Unseres Erachtens ist die richtige Gedankenfolge diese: Die heutige Produktionsweise schafft unerträgliche Verhältnisse, sie schafft aber auch die Möglichkeit und

Nothwendigkeit des Kommunismus. Notabene, diese Möglichkeit und Nothwendigkeit besteht in allen Ländern kapitalistischer Produktionsweise, ohne Rücksicht darauf, ob eine sozialistische Bewegung in ihnen herrscht, die das erkennt, oder nicht.

Nachdem wir so das eine Element des Kommunismus gekennzeichnet, ist sein zweites Element, die Triebkraft seiner Durchführung, das Proletariat in seinem Klassenkampf zu kennzeichnen. Ist das geschehen, dann erst ist von der Sozialdemokratie zu sprechen, deren Aufgaben und Ziele sich dann von selbst mit Nothwendigkeit ergeben.

Dadurch, daß die ökonomischen Ziele unserer Partei nicht direkt aus den Tendenzen der kapitalistischen Produktionsweise abgeleitet, und daß die Aufgaben und Ziele der Sozialdemokratie früher konstatirt werden, ehe noch von der historischen Aufgabe der Arbeiterklasse die Rede ist, erhält das Ganze den Anschein, als schiele es noch etwas nach dem Utopismus. Nun ist das keineswegs beabsichtigt und man könnte unsere Ausführungen vielleicht für übertriebene Haarspaltereien erklären. Aber aus der Anordnung der Gedanken im offiziellen Entwurf folgt mit Nothwendigkeit eine stiefmütterliche Behandlung des Klassenkampfes. Das ist ganz natürlich. Wenn man die Sozialdemokratie als das Primäre betrachtet oder wenigstens behandelt und die Bewegung der Arbeiterklasse als das Sekundäre, dann muß diese zu kurz kommen. Es wäre in der That schwer, in der Disposition des offiziellen Entwurfs dem Klassenkampf des Proletariats den ihm gebührenden Platz anzuweisen. Die Kennzeichnung der historischen Rolle desselben und seines naturnothwendigen Zieles — die Eroberung der politischen Macht im Staat durch die Arbeiterklasse — ist aber unbedingt nothwendig zur Kennzeichnung unserer Bewegung. Dies war der Hauptgrund, warum wir die Disposition des offiziellen Entwurfs verlassen haben.

Ehe wir zu den betreffenden Absätzen unseres Gegenentwurfs übergehen, müssen wir noch auf einen Passus im Schluß unseres dritten Absatzes hinweisen. Der offizielle Entwurf erklärt für nothwendig die Umwandlung des Privateigenthums an Produktionsmitteln in Gemeineigenthum und „die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische Produktion.“ Dieser Gegensatz scheint uns nicht ganz richtig. Den Gegensatz zur sozialistischen Produktion bildet nicht die kapitalistische Produktion allein, sondern die gesammte **Waarenproduktion.** Es giebt noch andere Methoden, Waaren, d. h. Gebrauchswerthe, die zum **Verkauf** resp. Austausch bestimmt sind, zu produziren, als die kapitalistische. Wir erinnern z. B. an die handwerksmäßige Waarenproduktion. Die Produktivgenossenschaften Lassalle's hätten auch, trotzdem sie nicht kapitalistisch produziren sollten, **Waaren** produzirt; ebenso soll auch im Zukunftsstaat des Herrn Dr. Hertzka trotz des Gemeineigenthums an Produktionsmitteln die Waarenproduktion fortgehen. Die kommunistische Produktion, wie wir sie für nothwendig halten, beruht nicht blos auf der Aufhebung des Privateigenthums an Produktionsmitteln, sondern auch auf der Aufhebung der Waarenproduktion.

Es wird innerhalb der Gesellschaft und durch die Gesellschaft nur zum **Selbstgebrauch** der Gesellschaft produzirt werden, nicht zum **Verkauf** an die einzelnen Gesellschaftsglieder. Wie viel und welche von ihren Produkten die Gesellschaft für die Fortführung der Produktion, zu Deckung allgemeiner Bedürfnisse 2c. verwendet, wie viel und welche von ihren Produkten sie den einzelnen Mitgliedern zukommen läßt, und nach welchen Grundsätzen sie dabei verfährt, das ist ihre Sache; wie sich das gestalten wird, darüber vermag man heute gar nichts zu sagen. Aber heute schon kann man sehen, daß die Aufhebung des Privateigenthums an Produktionsmitteln nur die eine der nothwendigen Konsequenzen der jetzigen

ökonomischen Entwicklung ist, die andere die Ueberwindung der Waarenproduktion. Wir halten es für nothwendig, daß dies auch im Programm gesagt werde, damit jede Unklarheit darüber verschwinde. Allerdings ist das Wort Waarenproduktion kein sehr geläufiges, kein populäres. Wir haben vergebens nach einem anderen gesucht, das leichter verständlich, aber ebenso präzis wäre. Der Gegensatz: Naturalwirthschaft und Geldwirthschaft ist populärer, aber auch ungenauer als der von Produktion von Gebrauchswerthen und Waarenproduktion. Wir trösten uns damit, daß das Wort „Waarenproduktion" in keinem höheren Grade eines Kommentars bedarf, als die Worte „kapitalistische Produktion" und „sozialistische Produktion," die der Entwurf des Parteivorstandes ohne Bedenken braucht.

Wenden wir uns nun zu den folgenden Sätzen unseres Gegenentwurfs, die wir an Stelle der Absätze 5, 6, 7 und 8 des offiziellen Entwurfs empfehlen. Sie lauten:

„Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos der Arbeiterklasse, sondern der gesammten Menschheit, die unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein. Alle anderen Klassen stehen auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln. Das Proletariat ist die einzige Klasse, deren Interesse immer entschiedener auf dessen Aufhebung drängt.

„Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendigerweise ein politischer Kampf. Sie kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

„Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei."

Die Gründe für diese Fassung haben wir oben schon dargelegt, es erübrigen uns nur noch einige kleine Bemerkungen. Viele haben schmerzlich den Satz vermißt, daß alle anderen Klassen und Parteien uns gegenüber eine reaktionäre Masse sind; unseres Erachtens sagt schon der Satz des offiziellen Entwurfs zu viel, daß sie alle auf dem Boden des Kapitalismus stehen. Das ist streng genommen nicht richtig. Die Zünftler z. B. stehen entschieden nicht auf dem Boden des Kapitalismus, ebensowenig die Bauern, die nach dem Höferecht und ähnlichen schönen Sachen schreien. Das Kapital und die kapitalistische Produktionsweise wird nicht von der Sozialdemokratie allein bekämpft, sie ist blos die einzige Partei, die es erfolgreich bekämpfen kann. Denn die anderen Parteien, auch diejenigen, die sich am kapitalfeindlichsten geberden, stehen, wenn auch nicht alle auf dem Boden des Kapitalismus, so doch alle auf demselben Boden mit dem Kapitalismus, nämlich auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln. Dies ist es, was alle anderen Parteien von uns trennt und was es jeder anderen Partei unmöglich macht, mit der kapitalistischen Ausbeutung fertig zu werden. Denn auf dem Boden der Waarenproduktion und des Privateigenthums an Produktionsmitteln ist bei dem heutigen Stande der Technik eine andere Produktionsweise als die kapitalistische unmöglich. Indirekt stützen also allerdings alle diejenigen den Kapitalismus, die das Privateigenthum an Produktionsmitteln stützen; aber direkt thun sie es nicht. Viele thun es wider ihren Willen und ohne es zu wissen. Es scheint uns daher genauer, wenn wir denjenigen gemeinsamen Boden bezeichnen, auf dem alle unsere Gegner bewußt stehen. Der Satz verliert dadurch nichts an Schärfe und man spart sich einen Kommentar.

Den Absatz, der von Staatssozialismus handelt, beantragen wir zu streichen. Wir vermissen ihn nur ungern, denn er ist einer der klarsten und präzisesten Absätze im Entwurf, und wenn man ihn für nothwendig hält, thut man am Besten, ihn unverändert anzunehmen. Eine bessere Fassung für ihn dürfte man kaum finden. Aber wir halten ihn nicht für unbedingt nothwendig und alles nicht unbedingt Nothwendige ist in einem Programm Ballast, der dessen Gesammtwirkung abschwächt. Vor zehn Jahren wäre eine ähnliche Erklärung vielleicht nothwendig gewesen, damals als die offizielle Sozialreform und die Monopolideen auftauchten und die Reste des Staatskultus in unseren Reihen noch stark genug waren, Manchen von uns mehr dahinter vermuthen zu lassen, als dahinter steckte. Heute, wo unsere Stellung gegenüber dem Staatssozialismus für Jedermann genügend klar geworden ist und der Staatssozialismus selbst nur noch eine Ruine bildet, scheint uns eine besondere Erklärung darüber im Programm nicht nothwendig. Wir geben ja zu, daß immer noch mißverständliche Auffassungen in uns ferner stehenden Kreisen bezüglich unserer Stellung zum Staatssozialismus bestehen können, aber über welchen Punkt unserer Bestrebungen und unseres Wirkens bestehen keine mißverständliche Auffassungen? Unser Programm würde sehr unförmlich, wenn man allen derartigen Auffassungen entgegentreten wollte. Ein Manifest könnte das eher thun.

Wenn man es nothwendig hält, zu erklären, daß wir mit dem Staatssozialismus nichts gemein haben, warum nicht eine ähnliche Erklärung gegen den Anarchismus oder den Antisemitismus erlassen? Wir halten eine solche Erklärung für ebenso überflüssig in dem einen Fall wie in dem andern.

Wenden wir uns zum vorletzten Absatz:

„Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen; mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern; die Befreiung der Arbeiterklasse ist daher nicht eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe, an der die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder."

Der Inhalt dieses Absatzes ist unseres Erachtens ebenso unanfechtbar, wie der des eben behandelten über den Staatssozialismus. Aber die bloße Erklärung, sich der internationalen Solidarität bewußt zu sein, ist doch etwas dürftig. Sie bedarf der Ergänzung durch die Erklärung, daß unsere Partei auch jederzeit diesem Bewußtsein entsprechend handelt.

Entschließt man sich zu einer Aenderung des Absatzes, dann könnte man ihn vielleicht auch ein wenig durch Weglassung der einleitenden Zeilen kürzen — wir sind dafür, daß man kürze wo man kann — und ihm folgende Gestalt geben:

„Die Befreiung der Arbeiterklasse ist ein Werk, an der die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats wohl bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen."

Glücklich wären wir nun beim letzten Absatz angelangt:

„Die sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. In diesem Befreiungskampf verficht die Sozialdemokratie, als die Vertreterin nicht blos der Lohnarbeiter, sondern der

Ausgebeuteten und Unterdrückten insgesammt, alle Forderungen, Maßregeln und Einrichtungen, welche die Lage des Volkes im Allgemeinen und der Arbeiterklasse im Besonderen zu verbessern geeignet sind."

Im zweiten Satz dieses Passus erinnert sich der offizielle Entwurf, was er bisher ignorirt, daß es noch andere ausgebeutete Klassen gebe, als die Proletarier. Aber er ist nicht konsequent. Einmal läßt er unsere Partei die Interessen „der Ausgebeuteten und Unterdrückten insgesammt," gleich darauf die Interessen „des Volks im Allgemeinen" vertreten. Letzteres erscheint uns ein kleiner Rückfall — der einzige in den Erwägungen — in den Gedankengang der alten sozialistischen Demokratie. Aber seit dem Sturz des Absolutismus, seitdem nicht mehr auf der einen Seite im Staat blos Hof und Regierung, auf der anderen Seite die ganze übrige Bevölkerung steht, hat der Begriff „Volk" jede wirkliche Bedeutung in der inneren Politik verloren. Er spielt nur noch eine Rolle im Verhältniß der Staaten zu einander — in diesem Sinne führt das Volk gewöhnlich den Namen Nation. In der inneren Politik ist das „Volk" eine mythische Gottheit geworden, der jeder Politiker opfert, die jeder für sich in Anspruch nimmt, wie in den Reformationskämpfen jeder den wahren Herrgott für sich besonders in Anspruch nahm, und von der doch keiner recht sagen kann, wo sie zu finden ist. Emanzipiren wir uns von diesem Mythus. Dem „Volk im Allgemeinen" kann Niemand helfen, weil es aus den verschiedensten Klassen, mit den gegensätzlichsten Interessen besteht; ich kann nicht eine Klasse heben, ohne eine andere zu schädigen.

Wenn in unseren Kreisen von „Volk" gesprochen wird, so versteht man darunter nicht die ganze Bevölkerung, sondern nur die niederen Schichten derselben, die Ausgebeuteten und Unterdrückten. Aber nicht in allen Kreisen wird der Begriff des Volkes so aufgefaßt. Auch Bismarck rechnet sich bekanntlich zum Volk. Wir werden also gut daran thun, genau zu sein, und ausdrücklich nur von Ausgebeuteten und Unterdrückten zu reden, und vom „Volk im Allgemeinen" abzusehen.

Indeß auch dann noch hat der Passus seinen Haken. Wir verpflichten uns zu mehr als wir leisten können, wenn wir es auf uns nehmen, „alle Forderungen, Maßregeln und Einrichtungen" zu verfechten, „welche die Lage der unterdrückten und ausgebeuteten Volksschichten im Allgemeinen ... zu verbessern geeignet sind." Wir müssen uns doch das Recht vorbehalten, nur solche Forderungen 2c. zu verfechten, die für die ökonomische und politische Entwicklung kein Hemmniß bilden. Wir dürfen nicht die Illusion erwecken, als hielten wir es für möglich, die Klassenlage von Kleinbauern, Handwerkern und Kleinhändlern in der heutigen Gesellschaft zu verbessern, oder als beabsichtigten wir, dem Siegeszug des Großbetriebs ein Hemmniß in den Weg zu legen. Man hat vorgeschlagen, zu dem in Rede stehenden Satz einen Zusatz zu machen, der jede Mißdeutung ausschlösse. Aber dadurch wird der ganze Passus sehr schwerfällig. Am einfachsten erscheint es uns, wenn man gar nichts Näheres sagt darüber, welche Forderungen 2c. wir verfechten, sondern blos erklärt, daß die Sozialdemokratie nicht blos die Ausbeutung der Lohnarbeiter, sondern jegliche Ausbeutung bekämpft. Damit ist schon implicite gesagt, daß wir auch die Ausbeutung der Bauern und Kleinbürger durch die Kapitalistenklasse bekämpfen, ohne daß wir uns engagiren, für alle ihre Forderungen zur Hebung ihrer Lage einzutreten: bekanntlich sind die Bauern und Kleinbürger auch Ausbeuter und ziehen es vor, ihre Lage durch vermehrte Ausbeutung ihrer Ausbeutungsobjekte — oft die eigenen Familienglieder — als durch politischen und ökonomischen Kampf gegen

ihre Ausbeuter zu heben. Für die erstere Methode, ihre Lage zu verbessern, sind wir natürlich nicht zu haben.

Wem der gekürzte Passus nicht deutlich genug ist, dem sagen unsere „Forderungen“ das Nähere.

In seiner gekürzten Form ist aber der Passus nicht nur unseres Erachtens genauer, sondern auch umfassender. Wenn wir unsere Verpflichtungen den Kleinbauern und Kleinbürgern gegenüber damit einschränken, so erweitern wir sie über den Kreis unseres „Volkes“ hinaus. Das ist nicht ohne praktische Bedeutung: Wir bekämpfen die Unterdrückung und Ausbeutung auch in den Kolonien.

Wir beantragen daher, dem Passus folgende Form zu geben:

„Die sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Auch in der heutigen Gesellschaft bekämpft sie nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung.“

Wir sind mit unserer Kritik der „Erwägungen“ zu Ende. Sie hat uns zur Aufstellung eines besonderen Gegenentwurfs geführt: aber so sehr er von dem offiziellen Entwurf abweicht, es besteht keine prinzipielle Differenz zwischen den beiden. Der Hauptunterschied besteht darin, daß uns manche Momente der Hervorhebung werth erschienen, die der offizielle Entwurf ignorirt, manche Momente für mehr nebensächlich, welche dieser stark hervorhebt. Wir haben aber keine einzige Wendung im offiziellen Entwurf gefunden, die uns zu einem prinzipiellen Widerspruch veranlaßt hätte.

Und was von uns, gilt auch von allen anderen Kritikern des Entwurfs, die auf dem Boden unserer Partei stehen: Aenderungen anderer Art, als redaktionelle, hat keiner von ihnen zu beantragen Gelegenheit gefunden. Das ist wohl die bemerkenswertheste Erscheinung, die bei der Kritik der Erwägungen zu Tage getreten. Man schwatzt so viel von Spaltung und Uneinigkeit in unseren Reihen. Differenzen hat es bei uns, wie bei jeder Partei, stets gegeben und wird es stets geben. Aber noch nie bisher ist unsere Partei so frei von prinzipiellen Gegensätzen, so einheitlich in ihrem Denken gewesen, wie jetzt.

Die sozialpolitischen Zustände Rußlands im Jahre 1890.

Von G. Plechanow.

IX.

In den letzten 30 Jahren hat sich die russische Intelligenz mit keinem Gegenstand so viel abgegeben wie mit der Landgemeinde, und dennoch ist sie sich bis auf den heutigen Tag über den Ursprung der modernen russischen Landgemeinde mit ihren periodischen Landesumtheilungen im Unklaren geblieben. — Die Landgemeinde sei der Ausfluß der sympathischsten Seiten des „Volksgeistes“ — dies ist Alles, was die Intelligenz darüber zu sagen weiß. Die Geschichtswissenschaft aber stellt die Sache weniger gefühlvoll, aber um so genauer dar.

Periodische Umtheilungen des Ackerlandes, wie wir dieselben im heutigen Rußland vorfinden, kannte unsere altrussische, auf den Ruinen der Gentilverfassung entstandene Landgemeinde nicht. Das Ackerland bildete dazumal das unveräußer-

Der Entwurf des neuen Parteiprogramms.

IV.

Wir kommen nunmehr zu demjenigen Theil des Programms, den man als das sozialdemokratische Aktionsprogramm im engeren Sinne bezeichnen kann. Es lautet nach dem Entwurf des Parteivorstandes:

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt deshalb gegenwärtig für folgende Forderungen ein:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Einführung des Proportionalwahlsystems. Festsetzung der Wahlen und Abstimmungen auf einen Sonn- oder Feiertag. Entschädigung für die gewählten Vertreter.
2. Direkte Antheilnahme des Volks an der Gesetzgebung mittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes. Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Jährliche Steuerbewilligung, Recht der Steuerverweigerung.
3. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die gewählten Vertreter des Volks. Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken und unterdrücken.
5. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als Privatvereinigungen zu betrachten.
6. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
7. Erziehung zu allgemeiner Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und der Rechtshilfe. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.
10. Stufenweis steigende Einkommen-, Kapital- und Erbschaftssteuer für die Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, so weit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit unterordnen.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstags;
   b) Verbot der gewerblichen Arbeit für Kinder unter 14 Jahren;
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen;
   d) eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter;
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern.
3. Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern. Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich, mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Das Aktionsprogramm wird also eingeleitet mit den Worten: „Die sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt deshalb gegenwärtig für folgende Forderungen ein." Die Beschränkung, die in dem Wort „gegenwärtig" liegt, prägt den nun folgenden Forderungen einen ganz bestimmten Charakter auf. Es handelt sich nicht um abstrakte Folgerungen aus den politischen und sozialen Grundsätzen der Sozialdemokratie, um die Formulirung irgend welcher allgemeiner Gerechtigkeits- oder Gleichheitsideen, sondern es sind aus den gegenwärtigen Verhältnissen abgeleitete, den gegenwärtigen Bedürfnissen der Arbeiterklasse entsprechende Forderungen. Es ist nicht das Zukunftsideal der Sozialdemokratie, das in ihnen greifbare Fassung erhielt, noch sollen sie die Uebergangsmaßregeln aus der gegenwärtigen in die sozialistische Gesellschaft darstellen, sondern es sind Forderungen, welche die heutigen Zustände in Deutschland zur Voraussetzung und ihre Fortentwicklung nach Maßgabe der Anforderungen des proletarischen Befreiungskampfes zum Zweck haben. Geistige und soweit als möglich ökonomische Hebung der Arbeiterklasse auf der einen und Stärkung des politischen Einflusses der Arbeiterklasse auf der andern Seite sind die maßgebenden Gesichtspunkte des sozialdemokratischen Aktionsprogramms; was außer denjenigen Forderungen, die dieses Ziel direkt im Auge haben, noch auf ihm steht, darf, so zweckmäßig es auch sonst erscheinen mag, ihm wenigstens nicht widersprechen. Als politisch thätige Partei beschränkt sich die Sozialdemokratie keineswegs auf die Verfechtung der eigentlichen Arbeiterforderungen, sondern tritt auch für viele politische und soziale Maßregeln allgemeiner Natur ein, aber sie wird und darf nichts unterstützen, was im Gegensatz zu den Interessen des Proletariats als Klasse steht. Unnütz zu sagen, daß als revolutionäre Klasse in der heutigen Gesellschaft die Arbeiterklasse auch die einzige Klasse ist, deren Interessen überall zusammenfallen mit denen des Fortschritts der Gesellschaft.

Forderungen aufstellen, welche die heutigen Zustände zur Voraussetzung haben, heißt nun aber keineswegs, sich auf Forderungen beschränken, welche unter den heutigen politischen Machtverhältnissen erreichbar sind. Nicht diese bilden das Kriterium für unser aktives Programm, sondern die ökonomisch-soziale Struktur der Gesellschaft ist es, der wir unsere Forderungen anzupassen haben. Darin soll sich eben die Sozialdemokratie von den sogenannten unpolitischen Arbeiterparteien einerseits und dem utopistischen oder sektirerischen Sozialismus andererseits unterscheiden, daß sie den herrschenden Gewalten keinerlei prinzipielle Konzessionen macht, daß sie aber dem jeweiligen ökonomischen und sozialen Status der Gesellschaft bei ihren Vorschlägen bewußt und entschieden Rechnung trägt.

Wie wir bereits erwähnt haben, ist dies auch der Grund, weshalb wir den Vorschlag in einem, sonst sehr beachtenswerthen Artikel der „Elberfelder Freien Presse" vom 25. August d. J.: mit Rücksicht auf diejenigen Forderungen, welche „in unserem heutigen Staat, in Preußen-Deutschland" keine Aussicht auf Verwirklichung haben, eine eigene dritte Programmrubrik einzuführen, nicht für zweckmäßig halten. Was absolut nicht in die Gegenwart paßt, gehört, so weit es grundsätzlicher Natur, in den ersten, allgemeinen Theil des Programms oder kann ruhig der Zukunft überlassen bleiben, was aber nur deshalb heute unrealisirbar erscheint, weil es auf Annahme von Seiten der übrigen Parteien nicht zu rechnen hat, kann, wenn es sonst rationell ist, getrost im engeren Aktionsprogramm der Partei figuriren. Es aus ihm verweisen, heißt, wenn nicht verwerflichen Opportunismus treiben, so doch ihm Thür und Thor öffnen. Und Beides liegt dem Schreiber des im Einzelnen sehr vieles Richtige enthaltenden Artikels sicherlich gleich fern.

Nicht darauf kommt es an, welche Aussichten auf Annahme in den Kreisen der Nichtsozialisten irgend eine Forderung hat, sondern wie diese Forderung, wenn durchgeführt, unter den gegebenen Verhältnissen wirken würde. Dies ist nach unserer Ansicht der maßgebende Gesichtspunkt für die Zusammenstellung unseres Aktionsprogramms, nicht die Popularität oder der vermeintliche Radikalismus irgend einer Forderung.

Aus diesem Grunde vermögen wir auch einem Vorschlag nicht zuzustimmen, der in einem H. M. gezeichneten Artikel in der „Berliner Volkstribüne" vom 22. August gemacht wird. Dem Verfasser dieses Artikels genügt die, im Programmentwurf der Parteivertretung enthaltene Forderung „direkte Antheilnahme des Volkes an der Gesetzgebung mittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes" noch nicht, er sieht in ihr einen Versuch, die Volksgesetzgebung durch den Parlamentarismus einzuschränken, und will im Gegentheil, daß im Programm der Partei auf das Unzweideutigste gegen das Repräsentativsystem Stellung genommen werde. Er verlangt daher, daß der betreffende Passus folgende Form erhalte:

„Das Recht der Gesetzgebung soll allein dem Volk zustehen und von diesem mittelst des Beschluß- und Vorschlagsrechtes ausgeübt werden. Die Gesetzesvorlagen sollen, so weit sie nicht vom Volke selbst ausgehen, von besonderen dazu gewählten fachmännischen Kommissionen ausgearbeitet werden, ohne Mitwirkung eines parlamentarischen Körpers."

Weit entfernt, uns diesem Vorschlag anzuschließen, stehen wir vielmehr nicht an, zu erklären, daß wir es für durchaus kein Unglück gehalten hätten, wenn die sogenannte direkte Gesetzgebung ganz und gar aus dem Programm fortgeblieben wäre.

Formal bedeutet die direkte Gesetzgebung unstreitbar gegenüber dem Repräsentativsystem einen Fortschritt im Sinne der Demokratie. Indeß ist die Demokratie für uns nicht Selbstzweck, sondern nur das Mittel zu einem größeren, wichtigeren Zweck: der sozialen Umgestaltung der Gesellschaft. Die Sozialdemokratie ist ihrem ganzen Wesen nach revolutionär; die — formale — Demokratie dagegen nur unter bestimmten Voraussetzungen, in der Regel ist sie dagegen eher konservativ. In den sogenannten Freistaaten sind es denn auch meist die konservativsten Parteien, die sich demokratisch nennen. So in einzelnen Kantonen der Schweiz, so in Nordamerika, so in verschiedenen Republiken Südamerikas. Fast überall ist die demokratische Partei die Partei, welche die Interessen des platten Landes den Interessen der industriellen Bevölkerung gegenüber vertritt. Die Landbevölkerung aber ist ihren sozialen Tendenzen nach in ihrer großen Mehrheit reaktionär.

Das Repräsentativsystem ist unleugbar weit davon entfernt, etwas Vollkommenes zu sein, aber es hat, je mehr das Wahlrecht zu den Parlamenten aufhört, Privilegium der Besitzenden zu sein, verschiedene Eigenschaften, auf die wir im heutigen Deutschland noch nicht verzichten können. Es sind im Wesentlichen die geistig regsten Elemente der Bevölkerung, welche die Wahlkämpfe zu den parlamentarischen Körperschaften führen. Alle Parteien suchen die besten Elemente, die sie haben, in den Vordergrund zu stellen, und ihre Thätigkeit in den Parlamenten wird beständig kontrolirt von der Menge, die hinter ihnen steht — d. h. der Menge derer, die Interesse am öffentlichen Leben nehmen. Im Durchschnitt genommen, sind dies immer die vorgeschritteneren Elemente, selbst so weit die reaktionären Klassen in Betracht kommen. Die direkte Gesetzgebung aber legt die Entscheidung in die Hände der großen Masse der geistig trägen, der indifferenten und engherzigen Mitglieder der Volksgemeinschaft. Selbst

in der Schweiz mit ihrem hochentwickelten politischen Leben und wo die Freiheitsideen dem Volke durch jahrzehntelange Tradition in Fleisch und Blut übergegangen sind, selbst in diesem Lande, wo ein ungemein reges Verkehrsleben den Gegensatz zwischen Stadt und Land viel weniger scharf zum Ausdruck kommen läßt, als in neun Zehnteln des heutigen Deutschland, selbst hier hat diese reaktionäre Seite der direkten Volksgesetzgebung sich wiederholt in der empfindlichsten Weise geltend gemacht. Der Verfasser des angeführten Artikels behauptet zwar, daß alles Uebel in der Schweiz daher komme, daß neben der Volksgesetzgebung noch der Parlamentarismus bestehe, und er meint demgemäß: „Hätte die Schweiz kein eidgenössisches Parlament, so wäre ihr Asylrecht heute sicher noch unbefleckt, und von der politischen Polizei wäre sie verschont geblieben,“ er ist aber nicht im Stande auch nur eine Thatsache anzuführen, die jene Behauptung rechtfertigte. Es liegt uns fern, auf die schweizerischen Parlamente ein Loblied anzustimmen, aber wenn man die Volksvertretungskörper als solche für die Verstöße gegen das Asylrecht verantwortlich macht, so sei daran erinnert, daß im Jahre 1881 im Kanton Zürich, dem vorgeschrittensten Kanton der Schweiz, über 30 000 stimmberechtigte Bürger, die Mehrheit aller Stimmberechtigten, eine Petition unterzeichneten, in der die Kantonsregierung ersucht wurde, die Abhaltung des damals geplanten sozialistischen Weltkongresses auf Züricher Gebiet zu untersagen. Es geschah unter dem Einfluß demagogischer Hetzerei, aber es geschah. Das „Volk“ und nicht das Parlament führte den Schlag gegen das Asylrecht.

Es ist auch eine Illusion, zu glauben, daß mit der Ersetzung des Parlamentarismus durch die Volksgesetzgebung das, was man heute als parlamentarische Korruption zu bezeichnen pflegt, aus der Welt geschafft werde. Dieser naiven Ansicht kann nur sein, wer das „Volk“ für eine in jeder Hinsicht homogene Masse hält. Da es das aber nicht ist, sondern in Klassen mit ganz verschiedenen Interessen zerfällt, so würden auch bei der direkten Volksabstimmung die Kompromisse in schönster Blüthe stehen.

Und nun nehme man die Berufsstatistik des heutigen Deutschlands zur Hand, vergleiche die Vertheilung der Bevölkerung zwischen Land und Stadt, und beantworte sich alsdann die Frage, was die Arbeiterklasse unter diesen Verhältnissen von der direkten Volksgesetzgebung zu erwarten hätte. Eine schwerfälligere, und zwar in jeder Hinsicht schwerfälligere Maschine ist gar nicht denkbar. Als Ergänzung der Volksvertretungen mag das Vorschlags- und Verwerfungsrecht gefordert werden, denn den Bedenken, die gegen dasselbe sprechen, stehen auch manche Vortheile, die es mit sich bringen würde, gegenüber — die direkte Volksgesetzgebung aber, wie sie H. M. fordert, wäre im heutigen Deutschland eine reaktionäre Institution.

Statt die Volksvertretungen im Prinzip zu bekämpfen, hat die Sozialdemokratie in Deutschland noch auf lange hinaus für die Kräftigung der Volksvertretungen einzutreten. Was zu beseitigen ist, das sind vor allen Dingen die Reste des alten Feudalstaates und des Absolutismus, die der Aktion der Arbeiterklasse überall noch wie Bleigewichte anhängen. Den Organen der Volkssouveränetät dürfen keine staatlichen Organe übergeordnet gegenüberstehen — ein Zustand, daß die Volksvertretung Gesetze beschließt und die Regierung dieselben einfach in den Papierkorb wirft, oder daß eine vom Volk unabhängige Bureaukratie die Gesetze nach ihrem Gutdünken handhabt, dieser Zustand, der das deutsche Parlament zum Gespött der Welt macht, muß auf das Entschiedenste bekämpft werden, denn an ihm stößt sich jede freie Initiative aus dem Volke. Wogegen wir heute grundsätzlich uns zu wenden haben, das ist das Zerrbild der

Volksvertretung, welches der deutsche Reichstag und die verschiedenen deutschen Einzel-Landtage darbieten; den Parlamentarismus grundsätzlich zu bekämpfen ist da am Platze, wo man das Ding selbst hat und nicht erst blos die Karrikatur.

Wir unsererseits hätten in Bezug auf diejenigen Paragraphen des vorliegenden Entwurfs, die diese Punkte behandeln, im Wesentlichen nur formelle Abänderungsvorschläge zu machen. Wir würden eine andere Zusammenstellung als die jetzige für zweckmäßiger, weil folgerichtiger halten. Den ersten Paragraphen müßten unserer Ansicht nach diejenigen Forderungen bilden, die sich auf das organische Verhältniß von Verwaltung und Gesetzgebung beziehen, während die Forderungen in Bezug auf das Wahlrecht &c. als Ergänzung der Ersteren, den zweiten Paragraphen zu bilden hätten. Weiter. Obwohl in der Forderung der Selbstverwaltung die der Wahl aller Behörden und der Verantwortlichkeit aller Verwaltungsorgane logischer Weise bereits eingeschlossen ist, so würden wir doch empfehlen, es — mindestens in Klammern — ausdrücklich hinzuzufügen, damit jedwede Verwechslung mit dem Zwittergebilde ausgeschlossen ist, das im heutigen Preußen und in anderen Einzelstaaten ganz unverdientermaßen den Namen Selbstverwaltung führt. Die betreffenden Paragraphen würden dann, mit einigen weiteren redaktionellen Aenderungen, die keinen Kommentar bedürfen, folgendermaßen lauten:

„1. Volle Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde (Wahl aller Behörden durch das Volk und Verantwortlichkeit aller Verwaltungsorgane). Jährliche Steuerbewilligung, Recht der Steuerverweigerung. Direkte Antheilnahme des Volks an der Gesetzgebung mittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts.

2. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Geheime Stimmabgabe. Vornahme aller Wahlen und Abstimmungen an gesetzlichen Ruhetagen. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Proportionalvertretung."

Wir haben die Forderung „Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung" deshalb eingefügt, weil wir sie für beinahe noch wichtiger halten als die der Proportionalvertretung. Die Letztere stößt sich nämlich zur Zeit u. A. immer noch an der Schwierigkeit, eine solche Methode ihrer Ausführung zu ermitteln, die, ohne zu komplizirt zu sein, doch das Prinzip, nach dem sie ihren Namen trägt, konsequent verwirklicht. Alle bisher bekannt gewordenen Systeme der Proportionalvertretung passen unseres Erachtens allenfalls für kommunale und Bezirksvertretungen, für die Wahlen zu den großen Landesvertretungen fehlt es aber unseres Erachtens durchaus noch an einem praktikablen System der Proportionalvertretung. Der Vorschlag, das ganze Land, bezw. Reich, zu einem großen Wahlkörper zu erklären, der so und so viele hundert Vertreter zu erwählen hat, erscheint nur einfach, thatsächlich würde er fast unlösbare Verwirrung zur Folge haben. Man erinnere sich nur, zu welchen Unzuträglichkeiten in Frankreich schon die Listenwahl nach Departements geführt hat, und vergesse weiterhin nicht, daß dem Proportionalwahlsystem die natürliche Tendenz der Differenzirung der Parteien innewohnt. Alles das sind keine Gründe, die Forderung nicht im Prinzip zu statuiren, denn wenn die vorerwähnte Schwierigkeit auch bis heut noch nicht gelöst ist, so ist damit noch nicht gesagt, daß sie überhaupt unlösbar sei, aber es sind Gründe triftig genug, die Forderung der Sicherstellung gleichmäßiger Wahlkreise einstweilen nicht fallen zu lassen.

Die Forderungen unter 3 des Entwurfs der Fraktion gehören nach unserer Ansicht mit den Forderungen unter 7 in ein und denselben Paragraphen. Erstens weil sie alle denselben Gegenstand betreffen (Krieg und Frieden), und dann, weil sie einander dergestalt ergänzen, daß jede einzelne erst im Zusammenhang mit den andern ihren vollen Sinn erhält.

Zu den einzelnen Forderungen selbst unter 3 wäre Folgendes zu bemerken.

So lange die auswärtige Politik des Reiches von Leuten geführt wird, die dem Volke und der Volksvertretung unverantwortlich gegenüberstehen, ist die Frage, ob das Volk in direkter Abstimmung oder die Volksvertretung über Krieg und Frieden entscheiden sollen, eine ziemlich gegenstandslose. Beide, Volk wie Volksvertretung, werden sich im gegebenen Fall jedesmal in einer Zwangslage befinden, die Frage wird in der Regel erst an sie kommen, wenn das Nein ein Preisgeben wichtiger Interessen des Landes bedeutet. An sich aber ist die Forderung „Entscheidung über Krieg und Frieden durch die gewählten Vertreter des Volkes" schon in den Forderungen des ersten Programmparagraphen enthalten, denn wenn überhaupt keine Politik möglich ist, die nicht die Billigung der Volksvertretung findet, so ist auch selbstverständlich keine Kriegserklärung oder Kriegführung möglich ohne die Zustimmung der Volksvertretung. Soll daneben noch der Gedanke im Programm Ausdruck finden, daß kein Krieg geführt werden soll, der nicht vom Volke, das für ihn einzustehen hat, gebilligt worden, so würden wir daher die Forderung des alten Programms „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk" der neuen Fassung vorziehen, weil dieselbe im Zusammenhang mit den Forderungen des Paragraphen 1 sehr gut verwirklicht werden kann, und weil sie daneben das Prinzip am Entschiedensten ausspricht. „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk" bedeutet einen Bruch mit dem ganzen System der heutigen Diplomatie, während bei der Entscheidung durch die Volksvertretung das alte System sehr wohl fortbestehen kann.

Gegen die „Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtes" wird im Prinzip Niemand etwas einzuwenden haben, wohl aber kann es der Sozialdemokratie nicht gleichgiltig sein, wie dieses Schiedsgericht aussieht. Es möchte daher zweckmäßiger erscheinen, vorläufig nur die Schlichtung aller internationalen Streitfragen auf schiedsgerichtlichem Wege zu verlangen, die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts aber einer Zeit zu überlassen, wo die Völker bei der Zusammensetzung desselben etwas mehr mitzusprechen haben werden wie heute.

Der aus den jetzigen Paragraphen 3 und 7 zusammengesetzte Paragraph erhielt dann folgende Fassung:

> „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Umwandlung der stehenden Heere zur Volkswehr. Schlichtung aller internationalen Streitfragen auf schiedsgerichtlichem Wege. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk."

Die Form „Umwandlung der stehenden Heere zur Volkswehr" anstatt „Volkswehr an Stelle der stehenden Heere" schlagen wir deshalb vor, weil sie das Ziel feststellt und doch der Partei freie Hand läßt, heute, wo die Auflösung der stehenden Heere nun einmal nicht angeht, bereits eine Reihe von Maßregeln zu verlangen, die wenigstens den Gegensatz zwischen Heer und Volk möglichst verringern, wie z. B. die Aufhebung der besonderen Militärgerichtsbarkeit, Herabsetzung der Dienstzeit rc. rc.

Der Paragraph 4 des Entwurfs bedarf keiner Erklärung oder Umänderung. Er ist der einstimmigen Annahme sicher.

Für den Paragraph 5 halten wir folgende Fassung für zweckmäßiger als die des Entwurfs:

„Aufhebung aller Vorrechte der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften und Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für die Zwecke derselben.“

Mit der Aufhebung ihrer Vorrechte werden die kirchlichen Gemeinschaften von selbst zu reinen Privatvereinigungen, als die sie der Entwurf „betrachtet“ sehen will. Bei der Stellung der Kirche im heutigen Staat scheint uns jedoch eine Fassung nothwendig, die nicht nur das schließliche Ziel, sondern auch die Richtschnur unseres Verhaltens in der Gegenwart angiebt.

Den Vorschlag des *Mitarbeiters des Hamburger Echo, im Programm auszusprechen, daß der sozialistische Zukunftsstaat jedem alsdann noch vorhandenen religiösen Bedürfniß die nöthigen Mittel zur ausreichenden Befriedigung gewähren wird, brauchen wir eigentlich nicht erst zu diskutiren, weil der Zukunftsstaat und seine Beschaffenheit im Programm der Partei überhaupt keine Rolle spielen. Wenn es einmal ein kommunistisches Gemeinwesen geben wird, das den einzelnen seiner Angehörigen nur eigentliche Lebens- und Unterhaltsmittel im engeren Sinne zur freien Verfügung überläßt, dann wird dasselbe wohl selbstverständlich so vernünftig sein, ihnen die Befriedigung geistiger und gemüthlicher Bedürfnisse von Gesellschaftswegen zu ermöglichen. Das ist aber nicht die Frage, um die es sich für die Sozialdemokratie heutigen Tages handelt. Diese lautet, ob das Gegenseitigkeitsverhältniß zwischen dem Staat und den offiziellen Kirchengemeinschaften, das heute selbst dort existirt, wo nominell die Kirche vom Staat getrennt ist, fortbestehen soll oder nicht. Und diese Frage ist zu verneinen. Irgend welchen Gewissenszwang oder Geistesdruck auszuüben, liegt der Sozialdemokratie dagegen durchaus fern. Solche Bestrebungen können nur Diejenigen in der obigen Forderung erblicken, die, wenn sie Gewissensfreiheit sagen, Beherrschung der Gewissen durch ihre spezielle Kirchengemeinschaft meinen. Wer wirkliche Freiheit der Gewissen will, wird an diesem Programmpunkt nichts auszusetzen finden; einer Bevölkerung aber, die noch so stark in religiösen Vorurtheilen befangen ist, daß sie das nicht versteht, werden wir es überhaupt nicht recht machen können. Dies geben wir dem *Mitarbeiter des „Hamburger Echo“ zu bedenken, der sich wohl durch seine persönlichen Erfahrungen bei der Agitation unter den Bauern zu dem obigen Vorschlag hat hinreißen lassen.

Der Paragraph 6 sagt nach unserer Ansicht zu wenig und zu viel. Er sagt zu wenig in Bezug auf das Wesen der öffentlichen Schulen, und zu viel, indem er die Unentgeltlichkeit aller öffentlichen Bildungsanstalten, also auch derjenigen verlangt, die heute fast nur von den Söhnen der Besitzenden besucht werden. Für die Gegenwart scheint uns das Nothwendigste die Reorganisation des öffentlichen Unterrichts auf der Grundlage der Einheitsschule, d. h. des Ineinandergreifens aller Schulen, von der niedrigsten Stufe angefangen, bis zur höchsten, und die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in den obligatorischen Schulanstalten (heute Schulbesuch bis zum vollendeten 14. Lebensjahre, Fortbildungsschule 2c.), sowie weiterhin für die Kinder derjenigen Eltern, die ein Einkommen unter einer bestimmten Höhe (etwa 3000 Mark) haben. Warum aber Gymnasien, Polytechniken und Universitäten auch den Kindern der Reichen unentgeltlich offen stehen sollen, vermögen wir nicht einzusehen. Wir schlagen also vor, Paragraph 6 so zu fassen:

„Weltlichkeit aller öffentlichen Schulen.*) Reorganisation des Unter-

---

*) Es erscheint uns weder nothwendig, noch mit dem Grundsatz der Gewissensfreiheit vereinbar, den religiösen Gemeinschaften zu verbieten, aus eigenen Mitteln eigene Schulen zu gründen, wo sie ihre Grundsätze lehren.

richtswesens auf der Grundlage der Einheitsschule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Schulanstalten bis zum vollendeten 14. Lebensjahre. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel für die Dauer des obligatorischen Schulbesuchs, sowie für die Kinder unbemittelter Eltern an allen höheren Bildungsanstalten."

Auch der Paragraph 8 giebt zu viel und zu wenig. Die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und der Rechtshilfe (für dieses Wort würde beiläufig besser Rechtsbeistand gesetzt, denn „Rechtshilfe" ist ein ganz bestimmter juristischer Begriff, der sich auf die gegenseitige Unterstützung der Gerichte untereinander bezieht) wäre unter den gegenwärtigen Verhältnissen die größte Ungerechtigkeit. Soll die Allgemeinheit auch noch die Kosten dafür tragen, wenn Kommerzienrath Meyersohn und Rittergutsbesitzer von Prudelwitz wegen einer Hypothekenschuld oder einer Getreidelieferung im Prozesse liegen? Das ist uns, offen gestanden, etwas zu „demokratisch." Man müßte also hier, und ebenso im nächsten Paragraphen bei der Forderung der Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung, mindestens eine bestimmte Grenze ziehen. Eine Forderung, die bei erreichter Unentgeltlichkeit des Rechtsbeistandes allerdings bedeutungslos wird, zur Zeit aber keineswegs gegenstandslos ist und als Ergänzung der Wahl durch das Volk sogar logischerweise gefordert werden muß, ist die Aufhebung des Anwaltszwanges. Weiter schließen wir uns dem Antrag der Genossen in Frankfurt a/O. an, dem Paragraph 8 die Forderung der Entschädigung unschuldig Verurtheilter zuzufügen, wozu als Ergänzung natürlich auch die Entschädigung der unschuldig Verhafteten gehört. Danach würde Paragraph 8 also lauten:

„Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Aufhebung des Anwaltszwanges. Entschädigung unschuldig Verurtheilter, sowie der ohne eigenes Verschulden Verhafteten. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes für . . . (die Grenze zu bestimmen überlassen wir dem Kongreß)."

Paragraph 9: „Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel für . . . . (wie oben)."

Dabei ist fernerhin noch zu berücksichtigen, daß je weiter der Kreis der die Unentgeltlichkeit zu Genießenden gezogen wird, das Heer der vom Staat angestellten und von ihm abhängigen Personen um so mehr anwächst, wie auf der anderen Seite unsere Bewegung ihren Charakter nothwendigerweise ändern muß, wenn wir den Schwerpunkt von dem Kampf um die Aufhebung des Lohnverhältnisses immer mehr in die Richtung der Bestrebungen auf Verbesserung der Lage der Arbeiter durch Verbilligung ihrer Bedürfnisse verschieben.

Zu Paragraph 10 der Forderungen, der von den Steuern handelt, ist in einer Berliner Versammlung der Vorschlag gemacht worden, statt „stufenweis steigende Einkommen-, Kapital- und Erbschaftssteuer 2c." zu sagen: „stufenweis steigende Einkommen-, Kapital-, Kapitalrenten-, Zins- und Erbschaftssteuer 2c.)."

Wir halten die hinzugesetzten Worte für keine Verbesserung des Entwurfs.

Die sogenannte Kapitalrentensteuer ist nur eine Abart der Einkommensteuer. Sie will das Einkommen aus reinem Kapitalbesitz höher treffen als das aus irgend einer Thätigkeit herstammende. Obwohl der Unterschied oft nur nominell ist — gar mancher Fabrikant oder Kaufmann „arbeitet" in seinem Geschäft nicht mehr als der erste beste Rentier — läßt sich indeß gegen das Prinzip nichts einwenden. Aber da ein- und dasselbe Einkommen doch immer nur einmal besteuert werden und nur die Höhe der Steuer verschieden bemessen werden soll, so erscheint es uns rationeller, den Gedanken so auszudrücken: „Stufenweis nach Ursprung und Höhe der Einkommen 2c. steigende . . . Steuer."

Eine „Zinssteuer" hat nach unserer Ansicht gar keinen Sinn. Wer soll dieselbe zahlen? Der Darlehensgeber oder der Darlehensnehmer? Doch nach Ansicht des Antragstellers der Erstere? Solange aber kein Gesetz erlassen wird, daß nur zu einem bestimmten Zinssatz, nicht drüber und nicht drunter, Geld ausgeliehen werden darf, wird es thatsächlich fast immer der Darlehensnehmer sein; er wird im Zins die Steuer mitbezahlen müssen. Die Zinssteuer ist oder wäre eben auch nur eine indirekte Steuer.

Derselbe Genosse, der diesen Antrag stellte, meinte in seiner begründenden Rede u. A., daß die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten sich auf das Eintreten für praktische Arbeiterforderungen beschränken solle. Bei Dingen aber, die nur im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft liegen, solle man sich von jeder Mitarbeit ausschließen. Nun, die „Zinssteuer" ist doch wahrhaftig keine praktische Arbeiterforderung. Sie ist eine kleinbürgerliche Schrulle, für die einzutreten selbst die Konkurrenz der antisemitischen Bauernfänger uns nicht verleiten darf.

Auch die Forderung der „Kapitalsteuer" im Entwurf der Parteivertretung will uns nicht recht einleuchten. Ist damit die Besteuerung der Geldkapitalien und des Grundbesitzes gemeint, so würde man wohl besser „Besitzsteuer" oder „Vermögenssteuer" sagen. Aber auch diese Steuer wird hinfällig, bezw. überflüssig, wenn die Einkommenssteuer nicht nur nach der Höhe, sondern auch dem Ursprung des Einkommens regulirt wird. Und das ist doch der leitende Gedanke der sozialdemokratischen Steuerpolitik in der gegenwärtigen Gesellschaft. Alle kleinbürgerliche Befehdung des Kapitals liegt der Sozialdemokratie fern.

Ein von anderer Seite ausgehender Vorschlag will, nach Analogie des französischen Minimumprogramms, die Vererbung an Seitenlinien, sowie die Vererbung aller eine gewisse Höhe (im französischen Programm 20 000 Franken = 16 000 Mark) übersteigenden Kapitalien verboten wissen. Wir können jedoch die Forderung schon deshalb nicht unterschreiben, weil sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen weder durchführbar ist, noch ihre Durchführung wünschbar wäre. Will man sie als Prinzip aufstellen, so gehört sie an eine andere Stelle des Programms. Für die Gegenwart genügt die Forderung der stufenweis — ebenfalls nach Art und Umfang des Vermögens des Erblassers — steigenden Erbschaftssteuer, zumal man die Sätze derselben jederzeit nach Bedürfniß und nach dem Vertrauen in die Staatsverwaltung erhöhen kann. —

Wir kommen nun zu demjenigen Theile des Programmentwurfs, der sich mit dem eigentlichen Arbeiterschutz beschäftigt. Er zerfällt in fünf Paragraphen, die zwar die Hauptpunkte des Gegenstandes so ziemlich erschöpfen, aber im Einzelnen uns doch noch der Ergänzung zu bedürfen scheinen. So sehr wir im grundsätzlichen Theil des Programms für möglichste Kürze eingetreten sind — hier bei der Formulirung der Anforderungen an die Gegenwart wäre es unserer Ansicht nach ein großer Fehler, wesentliche Forderungen blos der Kürze halber bei Seite zu lassen.

Im Paragraph 1 dieser Abtheilung, der die Grundlagen für eine zunächst zu schaffende nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung angiebt, vermissen wir die Forderung des Verbots der besonders gesundheitsgefährlichen Fabrikationen, obwohl dieses Verbot, bezw. wo ein absolutes Verbot nicht wünschenswerth, besondere gesundheitspolizeiliche Schutzmaßregeln doch gerade international am ehesten durchzusetzen wären. Ferner wäre nach unserer Ansicht neben dem achtstündigen Normalarbeitstag eine noch kürzere Arbeitszeit (etwa 6 Stunden) für die Arbeiter unter 18 Jahren zu verlangen. Der Ausbeutung jugendlicher

Arbeiter müssen so enge Grenzen gezogen werden, als sich mit den Bedingungen ihrer Ausbildung verträgt.

Bei der Forderung im Absatz 2, die die Ueberwachung der gewerblichen Betriebe behandelt, hätten wir statt „Arbeitskammern" lieber „Arbeiterkammern." Das ist unzweideutiger. Ferner, da die Arbeitsämter 2c. das Institut der Gewerbeinspektoren nur überwachen, aber nicht überflüssig machen werden, und da wir außerdem es in der Gegenwart noch mit ihm zu thun haben, so empfiehlt sich der Zusatz: Gewerbeinspektoren durch die Arbeiter gewählt.

Man macht zwar heute offiziell bereits sehr viel in gewerblicher Hygiene, doch bleibt dieselbe eine Forderung, die auf keinem Arbeiterprogramm fehlen darf. Denn Das, was heute durchgeführt wird, erschöpft durchaus nicht Das, was in dieser Hinsicht thatsächlich zu geschehen hat. „Durchgreifende gewerbliche Hygiene" ist auch keine übermäßige Belastung des Programms.

Mit Bezug auf den Paragraph 5 dieser Abtheilung ist von den Genossen in Frankfurt a/O. beantragt worden, statt „Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich, mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung" zu sagen: „Uebernahme . . . . mit voller Selbstverwaltung der Arbeiter." Da diese Forderung sich höchstens an der Abgeneigtheit der nichtsozialistischen Parteien stoßen würde, sachlich aber durchaus durchführbar wäre, so sehen wir keinen Grund, ihr nicht zuzustimmen.

Damit wären wir mit dem Entwurf selbst zu Ende und hätten nur noch einige Zusatzanträge aus den Reihen der Genossen zu besprechen. Die meisten derselben sind aber in Versammlungen und in der Tagespresse der Partei genügend erörtert worden, so, daß wir es für Raumverschwendung halten würden, hier noch einmal auf sie zurückzukommen. Nur mit einem Antrag glauben wir eine Ausnahme machen zu müssen, und zwar namentlich deshalb, weil er, wenn auch in verschiedener Form, von den Genossen verschiedener Orte gestellt worden ist. Wir meinen den Antrag auf staatliche Unterstützung der Arbeitslosen, bezw. — wie ihn die Genossen in Frankfurt a/O. formuliren — „auf staatliche Sicherung der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit."

Wollten wir die letzte Fassung wörtlich nehmen, so würde sie nicht mehr und nicht minder bedeuten als die Forderung, die heutige Gesellschaft solle — den Sozialismus verwirklichen. Die staatliche Sicherung der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit bedeutet die staatliche, bezw. gesellschaftliche Organisation der Arbeit überhaupt. Denn was heißt Arbeitslosigkeit? Doch nicht etwa nur, was der Bourgeois von heute darunter versteht, nämlich, daß der Arbeiter überhaupt keine Beschäftigung — auch zu den schlechtesten Bedingungen und der gröbsten Art — findet, sondern daß er keine Arbeit findet, zu der er sich eignet und die ihm ein, seinen Gewohnheiten entsprechendes Einkommen gewährt. Gegen diese Arbeitslosigkeit Sicherstellung vom heutigen Staat erwarten, wäre Utopie; gegen sie Sicherstellung verlangen in einem Programm, das an der Spitze sagt, auf dem Boden der heutigen Gesellschaft sei diese Sicherstellung unmöglich, hieße diesem eigenen Programm ins Gesicht schlagen, oder etwas aussprechen, woran man selbst nicht glaubt. Die Frankfurter Fassung geht also auf keinen Fall an.

Bleibt der Gedanke, der wohl derselbe ist, wie in dem Antrag des * Mitarbeiters des „Hamburger Echo":

„Die Sozialdemokratie verlangt, daß allen Erwerbslosen aus Staatsmitteln ausreichender, den heutigen Kulturverhältnissen entsprechender Unterhalt gewährt werde, ohne Beeinträchtigung ihrer politischen Rechte."

Dieser Antrag ist formell rationeller als der der Frankfurter Genossen, aber auch nur formell. In der Sache selbst stehen wir auch hier vor derselben Frage. Wer ist arbeitslos oder gar, wie es im vorstehenden Antrag heißt, „erwerbslos?“ Und — wer bestimmt, ob in einem gegebenen Fall wirkliche Erwerbslosigkeit vorliegt oder nicht? Es kann doch nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, das Simulantenthum systematisch zu fördern, und die Großziehung des Lumpenproletariats auf Kosten des arbeitenden Theils der Bevölkerung zu verlangen? Anträge, die wir an den heutigen Staat stellen, mögen so radikal sein, wie sie wollen, aber sie müssen den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechen. Schlechtweg Unterhaltung aller Erwerbslosen aus Staatsmitteln verlangen, heißt nicht nur Jeden, der nicht Arbeit finden kann, sondern auch Jeden, der nicht Arbeit finden will — und deren züchtet die heutige Gesellschaft nur zu viele — auf den Staatstrog anweisen.

Es giebt in der modernen Gesellschaft zwei Arten von wirklicher Arbeitslosigkeit. Das Eine ist die Arbeitslosigkeit, in die jeder Arbeiter zeitweilig verfällt, wenn er aus irgend welchem Grunde seine bisherige Arbeitsstelle aufgegeben oder verloren hat, und nun vorerst keine andere entsprechende Stelle findet. Sicherlich ist schon diese Arbeitslosigkeit in den meisten Fällen mit großen Entbehrungen verknüpft, und die beständige Gefahr, ihr zu verfallen, steht wie ein drohendes Gespenst hinter dem Rücken des Proletariers von heute. Sie ist die stets geschwungene ideelle Peitsche, die ihn ebenso wirksam und oft noch wirksamer zur Arbeit treibt, wie die wirkliche Peitsche einst den Sklaven und den Leibeigenen. Aber sie ist zugleich der Sporn, der ihn antreibt, für die Beseitigung einer Gesellschaftsordnung zu wirken, in der der Arbeiter trotz aller scheinbaren Freiheiten doch nur ein Sklave ist — ein Sklave der Verhältnisse; sie ist der Aufhetzer, der den Proletarier von heute zum geborenen Revolutionär macht, zum geborenen Kämpfer für den politischen und sozialen Fortschritt. Dem Arbeiter während dieser Arbeitslosigkeit heute staatlichen Unterhalt, wie ihn der Antrag bezeichnet, verschaffen wollen, ist eine Utopie, denn der heutige Staat, bezw. die heutige Gesellschaft kann ihm diesen Unterhalt nicht gewähren, und es ist eine *konservative* Utopie, denn wenn der Staat diesen Unterhalt gewähren könnte und würde, so würde dies zur nothwendigen Folge haben eine vollständige *Erschlaffung* der Arbeiterbewegung: die Arbeiterklasse würde von diesem Tage ab aufhören, eine revolutionäre Klasse zu sein — sie würde nichts mehr von ihrer eigenen politischen und ökonomischen Aktion erwarten, das Ideal unserer Gegner wäre erfüllt.

Gewiß, das will der Antragsteller nicht, und er ist sicherlich auch von der Illusion frei, als könne seiner Resolution im heutigen Staat je entsprochen werden. Er hat sie ihrer agitatorischen Wirkung wegen gestellt. Wir aber meinen, eine Forderung, die einer falschen Auffassung vom Wesen der heutigen Gesellschaft Vorschub leistet, darf von uns nicht aufgestellt werden, auch wenn sie agitatorisch noch so gute Dienste leisten würde. Unsere Agitation heißt nicht blos aufhetzen — um einmal dieses, bei den Gegnern so beliebte Wort zu gebrauchen, sie heißt vor allen Dingen *aufklären*.

Die zweite wirkliche Arbeitslosigkeit, das ist die in Zeiten großer Geschäftsstockungen, die Arbeitslosigkeit in Zeiten der Krisen, wo die Arbeiter nicht blos als Einzelne aus der Produktion heraustreten, sondern in Massen aus ihr herausgeworfen werden — wo sie zu Hunderttausenden auf dem Pflaster liegen. Hier, wo es unmöglich ist, zu behaupten, daß individuelles Verschulden Ursache der Arbeitslosigkeit ist, wo es auf der Hand liegt, daß der Einzelne beim besten

Willen sich nicht helfen kann, hier pflegt auch jetzt schon der Staat — bezw. die Gemeinde — einzugreifen, wenn auch meist jämmerlich genug. Daß der Staat und die Gemeinden solcher Arbeitslosigkeit, wie überhaupt der Noth gegenüber mehr thun können und daher auch sollen, als sie heute thun, das ist unbestritten, und daß die verabfolgte Unterstützung keine Beeinträchtigung der politischen Rechte der Unterstützten zur Folge haben soll, das sind Forderungen, denen auch wir uns gern anschließen; aber generell und schlechtweg den Arbeiter auf das Staatsalmosen verweisen, statt ihm zu zeigen, daß „ausreichender, den heutigen Kulturverhältnissen entsprechender Unterhalt" vom heutigen Staat nun und nimmer gewährt werden kann, das halten wir für absolut verfehlt. Die Konsequenz dieses Vorschlages wäre der Staatssozialismus, und man braucht wirklich kein Anarchist zu sein, um die ewigen Anweisungen auf den Staat des Guten zu viel zu finden.

Man soll das Kind stets beim rechten Namen nennen, und darum würde uns von allen auf diesen Gegenstand bezüglichen Anträgen am meisten der Paragraph IIIb 2 im Entwurf des H. L.-Mitarbeiters der „Elberfelder Freien Presse" gefallen, der kurz und bündig lautet:

„Gesetzliche Festsetzung erhöhter Armenpflege. Recht auf Armenpflege. Abschaffung der an die Unterstützung geknüpften politischen Nachtheile."

Das sind Forderungen, die in den Rahmen des heutigen Staates passen, und die doch der Sozialdemokratie die Möglichkeit gewähren, der Interessen derjenigen sich anzunehmen, die in Folge der heutigen Produktionsanarchie zeitweilig oder dauernd der Möglichkeit beraubt worden sind, durch Arbeit sich und die Ihrigen zu ernähren. Im Uebrigen aber wollen wir an dem Grundsatz festhalten, daß der moderne Proletarier zwar arm, aber kein Armer ist. In diesem Unterschied liegt eine ganze Welt, liegt das Wesen unseres Kampfes, die Hoffnung unseres Sieges.

* * *

Fassen wir unsere Vorschläge zum Programm zusammen, so würde dasselbe ihnen entsprechend lauten:

„Die industrielle Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von den Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß diese das Monopol einer kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

„Hand in Hand damit geht die Zusammenfassung der zersplitterten Kleinbetriebe in Riesenbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum des Ertrags der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelstände bedeutet sie Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

„Das Privateigenthum an Produktionsmitteln ist ehedem das Mittel gewesen, dem freien Arbeiter den Besitz seines Produkts zu sichern. Heute ist dieses selbe Eigenthumsrecht zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigenthum und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Erniedrigung zu einer Quelle der Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

„Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos der Arbeiterklasse, sondern der gesammten Menschheit, die unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein. Alle anderen Klassen stehen auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln. Das Proletariat ist die einzige Klasse, deren Interesse immer entschiedener auf dessen Aufhebung drängt.

„Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendigerweise ein politischer Kampf. Sie kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

„Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.

„Die Befreiung der Arbeiterklasse ist ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats wohl bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen.

„Die sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Auch in der heutigen Gesellschaft bekämpft sie nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt daher gegenwärtig für folgende Forderungen ein:

1. Volle Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde (Wahl der Behörden durch das Volk und Verantwortlichkeit aller Verwaltungsorgane). Jährliche Steuerbewilligung, Recht der Steuerverweigerung. Direkte Antheilnahme des Volks an der Gesetzgebung mittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts.
2. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Geheime Stimmabgabe. Vornahme aller Wahlen und Abstimmungen an gesetzlichen Ruhetagen. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Proportionalvertretung.
3. Erziehung zu allgemeiner Wehrhaftigkeit. Umwandlung der stehenden Heere zur Volkswehr. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken und unterdrücken.
5. Aufhebung aller Vorrechte der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften und Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für die Zwecke derselben.
6. Weltlichkeit aller öffentlichen Schulen. Reorganisation des Unterrichtswesens auf der Grundlage der Einheitsschule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Schulanstalten bis zum vollendeten 14. Lebensjahr. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel für die Dauer des obligatorischen Schulbesuchs, sowie für die Kinder unbemittelter Eltern an allen höheren Bildungsanstalten.
7. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Aufhebung des Anwaltszwanges. Entschädigung unschuldig Verurtheilter, sowie der ohne eigenes Verschulden Verhafteten. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes für . . . . .
8. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel für . . . . .
9. Gesetzliche Festsetzung erhöhter Armenpflege. Recht auf Armenpflege. Abschaffung der an die Unterstützung geknüpften politischen Nachtheile.
10. Stufenweis nach Ursprung und Höhe der Einkommen beziehungsweise nach Art und Umfang des Erbguts steigende Einkommen- und Erbschaftssteuer für die Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutz der Arbeiterklasse fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens 8 Stunden betragenden Normalarbeitstags.
   b) Verbot der gewerblichen Arbeit für Kinder unter 14 Jahren.
   c) Beschränkung der täglichen Arbeitszeit für Arbeiter unter 18 Jahren auf 6 Stunden.
   d) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   e) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   f) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter, Arbeiterkammern und von den Arbeitern gewählte Gewerbeinspektoren. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern. Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit voller Selbstverwaltung der Arbeiter.

Die sozialpolitischen Zustände Rußlands im Jahre 1890.

Von G. Plechanow.

XI.

Werfen wir nun einen Blick auf das Leben und Weben dieser neuen Klasse, auf die Bestrebungen, welche sie im Laufe des letzten Jahres an den Tag legte.

Aus den Berichten der Fabrikinspektoren geht hervor, daß der Arbeitstag der Erwachsenen in den meisten russischen Fabriken von 5 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends dauert, d. h. 16 Stunden, wovon 2½—3 Stunden auf die Mahlzeitspausen entfallen. In den Fabriken mit kontinuirlichem Betrieb (die Zahl derselben beträgt 28,7 Prozent sämmtlicher von den Inspektoren besichtigten Fabriken) wird schichtenweise gearbeitet. Als Nachtschicht gilt die Zeit von 6 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens oder auch von 7 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens, in einigen Fabriken von 9 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens. Im Durchschnitt dauert jede Arbeitsschicht — in den Fabriken mit kontinuirlichem Betrieb — nicht über 12 Stunden.

Die obigen Angaben beziehen sich zwar auf den Anfang des Jahres 1889, indeß liegt doch selbstverständlich kein Grund vor, um anzunehmen, daß das Jahr 1890 irgendwie bedeutende Veränderungen in dieser Beziehung gebracht hat, — wenigstens nicht solche günstiger Art. Die Länge des Arbeitstages ist seitdem nur in denjenigen Baumwollfabriken verkürzt worden, welche, in Folge der Ueberhäufung der Marktes, nicht volle Zeit arbeiteten. Eine beträchtliche Zahl solcher Fabriken finden wir im zentralen Industrie-Rayon vor. — Der ohnehin niedrige Arbeitslohn ist nach den Mittheilungen der „Russk. Wjedomosti“ noch niedriger gesunken. So z. B. im Kreise Bogorodsk, Gouvernement Moskau, wo der Arbeitslohn der Weber im März 1890 um mehr als 50 Prozent fiel.

In einigen Gegenden suchen erfinderische Fabrikanten den geringen Arbeitslohn noch durch verschiedene Kniffe zu beschneiden. So wird z. B. den „Russk.